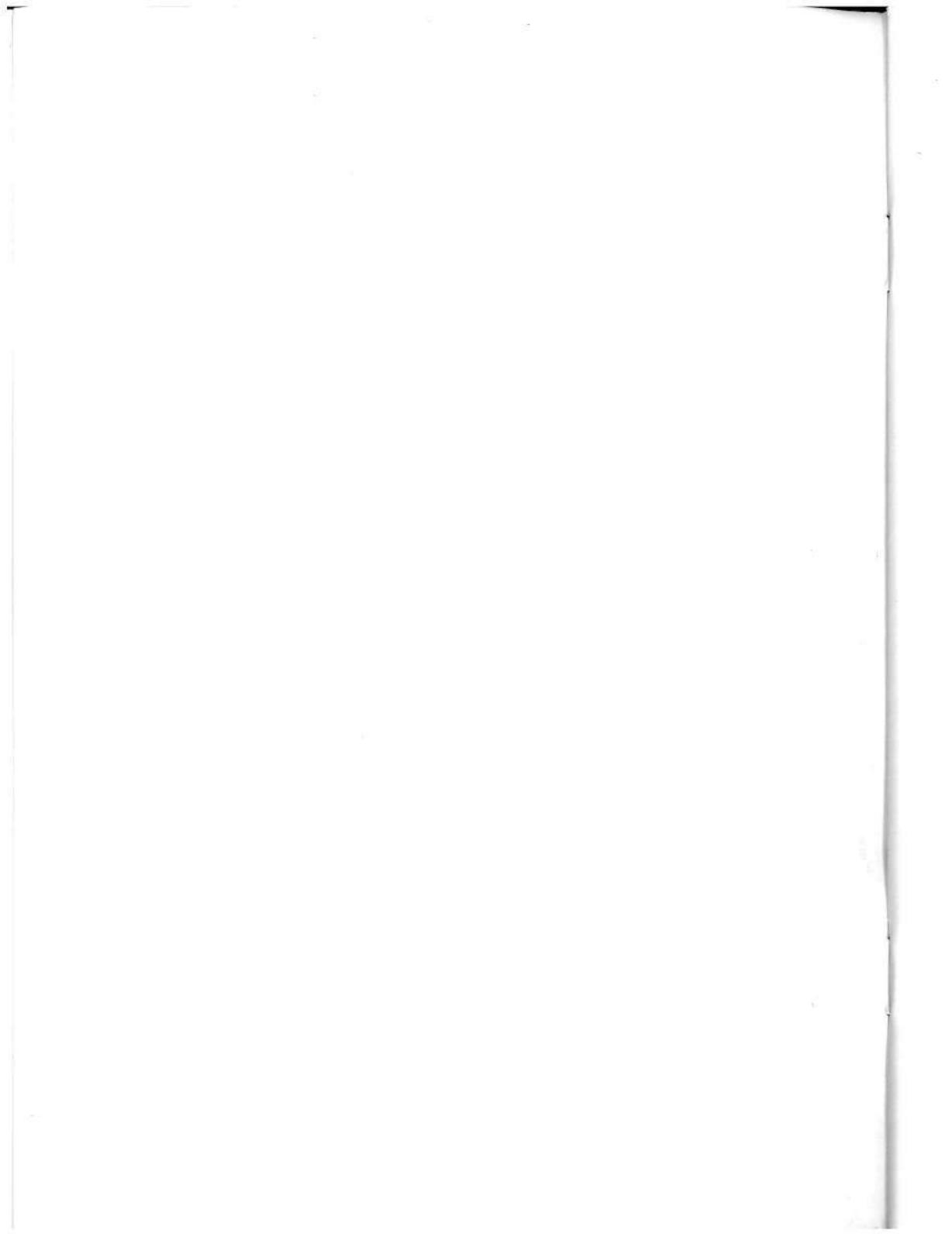


RECHTSEXTREMISMUS LINKSEXTREMISMUS
AUSLÄNDEREXTREMISMUS SPIONAGEABWEHR

Verfassungs- schutzbericht 1991



**Niedersächsisches
Innenministerium**



Verfassungs- schutzbericht 1991



**Niedersächsisches
Innenministerium**

ISSN-Nr.: 0930-4347

Herausgeber: Niedersächsisches Innenministerium
Postfach 44 20, 3000 Hannover 1

Herstellung: Schlütersche Verlagsanstalt, Hannover

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

der vorliegende Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen ist gegenüber dem Vorjahr im Umfang stark verringert. Das liegt daran, daß wir in Niedersachsen insgesamt einen erheblichen Rückgang der Aktivitäten extremistischer Parteien und Gruppen von rechts bis links feststellen können. Das gilt besonders für die Mitgliederzahlen in diesen Organisationen. So gab es bundesweit zwar einen erheblichen rechnerischen Zuwachs im Rechtsextremismus. Der ist aber darauf zurückzuführen, daß erstmals auch die neuen Bundesländer in die Statistik einbezogen wurden. Niedersachsen aber blieb von einem Zuwachs verschont; hier ist sogar ein klarer zahlenmäßiger Rückgang festzustellen. Besonders deutlich ist der Abwärtstrend bei der Deutschen Volkunion, die in Niedersachsen von 1.600 auf 900 Mitglieder zurückging. Auch linksextremistische Parteien und Organisationen mußten weitere Einbußen bei ihren Anhängern hinnehmen – ein Vorgang, der seit dem Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus in der früheren DDR zu beobachten ist.

Im Gegensatz zu rückgängigen Aktivitäten und Mitgliederzahlen im alten Rechtsextremismus hat sich allerdings die Zahl von Gesetzesverletzungen mit erwiesener oder zu vermutender neonazistischer Motivation besorgniserregend entwickelt: So wurden 1991 vom niedersächsischen Verfassungsschutz 259 Sachverhalte erfaßt, bei denen fremdenfeindliche und rassistische Motivationen auf offene oder latente rechtsextremistische Haltungen schließen lassen. In diesem Jahr sind bis zum 3. August schon wieder 148 Anschläge gegen Ausländer erfaßt worden. Ausgangspunkt für den erheblichen Anstieg dieser Gewalttaten bildeten die Ereignisse vom 18. September 1991 im sächsischen Hoyerswerda. Während in den Monaten zuvor nur vereinzelte Straftaten festgestellt wurden – im Monatsdurchschnitt 6,75 – stieg diese Zahl auf 108 im Oktober. Besonders betroffen macht bei der Überprüfung des Täterkreises die Altersstruktur. Sowohl bundesweit als auch hier in Niedersachsen gehören über 70 Prozent der Altersgruppe bis 23 Jahre an. Es sind kaum weibliche Tatbeteiligte festzustellen. Die Landesregierung hat starke Anstrengungen unternommen, um sowohl durch verstärkten Einsatz der Sicherheitsbehör-

den als auch mit Informations- und Aufklärungskampagnen fremdenfeindliche Aktivitäten zurückzudrängen. Sie wird sich diesem Ziel weiterhin mit Nachdruck widmen.

Über die Ursachen der Aufwärtsentwicklung im Rechtsextremismus hat es in der letzten Zeit zahlreiche Veröffentlichungen gegeben. Aus der Sicht des Verfassungsschutzes sind vor allem folgende Punkte zu nennen:

- Wie Meinungsumfragen belegen, ist die steigende Zahl der Asylsuchenden der stärkste angstschürende Faktor bei Teilen der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die Befürchtung, durch den Asylbewerberstrom selbst soziale Nachteile zu erleiden, ist mit Abstand der gewichtigste Grund für die spektakulären Wahlvoten zugunsten der Rechtsaußenparteien des politischen Spektrums.
- Dadurch werden die Zukunftsängste bestimmter Bevölkerungskreise verhängnisvoll auf die Ausländer, insbesondere die Asylbewerber konzentriert. Diese Personenkreise werden für rechtsextremistische, aber auch für rechtsradikale Aktiven und Wähler einschließlich

der Protestwähler zunehmend zu dominierenden Feindbildern, gegen die es – je nach Temperament, Intoleranz und Intellektualität – zu agitieren, attackieren, terrorisieren oder auch "nur" mit dem Stimmzettel zu votieren gilt.

- Diese Fremdenfeindlichkeit mit oft rassistischen Grundmotivationen wird weiter ansteigen und sich stärker verfestigen, wenn nicht endlich unter den demokratischen Parteien überzeugende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gefunden werden. Dazu gehören nicht nur von einer breiten Mehrheit getragene Vorschläge zur Lösung des Asylbewerberproblems, sondern auch das Herangehen an die Problemfelder Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Kriminalität.

Rassismus widerspricht nicht nur jeglicher demokratischer Kultur. Er stellt in seinen verbalen und aktionistischen Erscheinungsformen einen massiven Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechtsgüter der Menschenwürde und Gleichheit und damit auf die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Ich setze bei der Debatte über den Rechtsextremismus vor allem auf die geistig-politische Diskussion, werde aber auch weiterhin auf die Einsetzung staatlicher Machtmittel nicht verzichten. So ist durch die Ausweisung und Abschiebung des niedersächsischen Landesvorsitzenden der FAP, Karl Polacek, die Neonaziszene in Südniedersachsen entscheidend geschwächt worden. Mir erscheint es sehr wichtig, daß der Staat offensiv gegen solche Funktionäre neonazistischer Bestrebungen vorgeht, die – wie im Fall Polacek – zum Sammelpunkt für Kräfte werden, die neonazistisch geprägte Straftaten begehen.

Während rechtsextremistische Aktivitäten in Südniedersachsen schlagartig zurückgegangen sind, hat sich der Raum Wilhelmshaven zu einem neuen Kristallisationspunkt neonazistischer Bestrebungen entwickelt. In einem Schreiben an den DGB-Landesvorsitzenden habe ich ihm mitgeteilt, daß ich seine Besorgnis über die dortigen militanten Neonazis teile. Ich habe deutlich gemacht, daß die niedersächsischen Sicherheitsbehörden die Neonazis, die sich im Deutschen Kameradschaftsbund zusammengeschlossen haben, genauestens beobachten und

ihren Aktivitäten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenwirken werden.

Im Linksextremismus bleibt insbesondere die Entwicklung der Rote Armee Fraktion weiter abzuwarten. Die zentrale Frage ist, ob ihre im vergangenen Jahr erfolgte Absage an den Mord als Mittel ihrer Politik nur ein taktisches Manöver zur Unterstützung der Freilassung inhaftierter Gesinnungsgenossen war oder ob sich hier tatsächlich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß unser demokratischer Rechtsstaat mit terroristischen Aktionen nicht zu beseitigen ist. Sehr sorgfältig beobachtet werden müssen weiterhin auch die gewaltbereiten Autonomen, bei denen es seit letztem Jahr grundsätzliche Diskussionen über Erfolg oder Mißerfolg ihrer Politik gibt. Die besonders in den Räumen Göttingen und Braunschweig immer wieder auftretende Anwendung von Gewalt gegen politische Gegner darf, auch wenn sie "antifaschistisch" motiviert wird, in einem Rechtsstaat nicht toleriert werden.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern haben in Niedersachsen weiter abgenommen. Die Mehrheit der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerin-

nen und Mitbürger ist gesetzestreu und beachtet die Regeln unseres Staates.

Neu in dem vorliegenden Bericht sind Angaben zum Haushalt und zur Zahl der Bediensteten des Verfassungsschutzes sowie Einzelheiten zur Zahl der Speicherungen im Nachrichtendienstlichen Informationssystem NADIS.



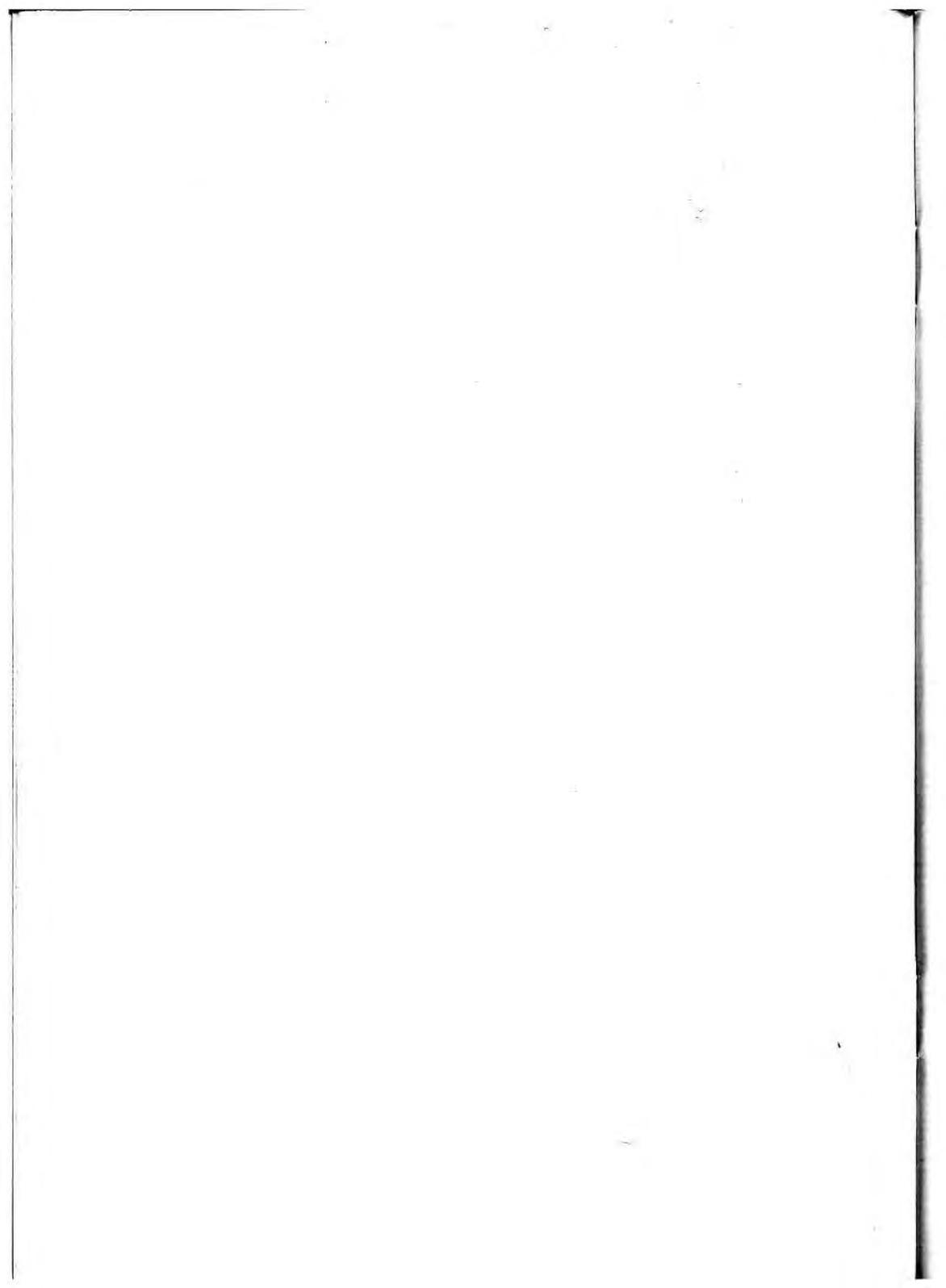
Gerhard Glogowski

Gerhard Glogowski, MdL
Niedersächsischer Innenminister

	SEITE
Vorwort	3
RECHTSEXTREMISMUS	13
Grundsätzliche Merkmale	13
Allgemeine Lage des Rechtsextremismus	15
Skinheads	16
Gesetzesverletzungen mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation	20
Beispiele von Gesetzesverletzungen durch Skinheads	22
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	24
Ausweisung und Abschiebung des niedersächsischen Landesvorsitzenden der FAP	25
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	25
Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) Wilhelmshaven	26
Nationalistische Front (NF)	27
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	27
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	28
Hetendorf weiterhin rechtsextremistischer Treffpunkt	28

“Revisionismus“-Kampagne	29
Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus	30
Deutsche Volksunion (DVU)	31
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	32
Allgemeine Entwicklung	32
NPD in Niedersachsen	34
Junge Nationaldemokraten (JN)	34
Deutsche Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga)	34
LINKSEXTREMISMUS	37
Überblick	37
Linksextremistischer Terrorismus	37
Rote-Armee-Fraktion (RAF)	37
Strukturen der RAF	40
Einsitzende terroristische Gewalttäter	40
Revolutionäre Zellen/Rote Zora (RZ)	41
Undogmatischer Linksextremismus	43
Allgemeine Entwicklung	43
Autonome	43
Dogmatischer Linksextremismus	43

Marxistische Gruppe (MG)	43
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auf Bundesebene	47
DKP in Niedersachsen	48
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	49
AUSLÄNDEREXTREMISMUS	51
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	51
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	53
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)	53
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	54
Provisional Irish Republican Army (PIRA)	54
SPIONAGEABWEHR	55
DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN	61
Bedienstete	61
Haushalt	61
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	61



Bundesgebiet

(Vergleichszahlen 1990 in Klammern – nur alte Bundesländer –)¹⁾

Organisationen

	1990	1991
Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften)		
– Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen	(32.300)	40.950
– Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen	(29.500)	ca. 26.500
Rechtsextremisten		
– Neonazis	(1.400)	2.100
– Rechtsextremistische Skinheads	–	4.200
– NPD und Nebenorganisationen	(7.300)	6.700
– Deutsche Volksunion	(22.000)	24.000 ²⁾
– sonstige Vereinigungen	(2.900)	3.950
davon Deutsche Liga	–	800
Linksextremisten		
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten		
– Kernorganisationen	(25.200)	21.800
– Nebenorganisationen	(900)	700
Militante Autonome, terroristisches Umfeld, Sozialrevolutionäre und Anarchisten	(4.600)	4.800
Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern	(49.350)	39.800
– Islamisch-extremistische Gruppen	(18.720)	19.150
– Extrem-nationalistische Gruppen	(8.610)	7.800
– Linksextremistische Gruppen	(22.020)	12.850

¹⁾ Vergleichszahlen 1991 für den Bereich Rechtsextremismus erfassen auch die neuen Länder. Abzüge für Mehrfachmitgliedschaften lassen sich nur auf Bundesebene erfassen und sind deshalb in der Zusammenfassung (oberste Spalte) nur für den Bundesbereich berücksichtigt.

²⁾ Dr. Frey gibt höhere Zahlen an.

Niedersachsen

Organisationen		
	1990	1991
Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften)		
– Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen	(2.570)	2.180
– Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen	(1.280)	1.120
Rechtsextremisten		
– Neonazis	(90)	70
– Rechtsextremistische Skinheads	–	400 – 500 ¹⁾
– NPD und Nebenorganisationen	(730)	660
– Deutsche Volksunion	(1.600)	900 ²⁾
– sonstige Vereinigungen	(150)	100
davon Deutsche Liga	–	50
Linksextremisten		
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten		
– Kernorganisationen	} (1.100)	770
– Nebenorganisationen		
Militante Autonome, terroristisches Umfeld, Sozialrevolutionäre und Anarchisten	(260)	350
Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern	(3.955)	3.490
– Islamisch-extremistische Gruppen	(2.225)	2.115
– Extrem-nationalistische Gruppen	(450)	425
– Linksextremistische Gruppen	(1.275)	950

¹⁾ Erkenntnisstand 30.06.1992

²⁾ Dr. Frey gibt höhere Zahlen an.

Grundsätzliche Merkmale

Rechtsextremistische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland lehnen (teilweise verdeckt) wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab und streben eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips an.

Bestimmende Merkmale des Rechtsextremismus sind vor allem

- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus,
- die Überbewertung einer rassistisch verstandenen Volksgemeinschaft zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen,
- eine aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- die geschichtlichen Tatsachen leugnende Einstellung zum "Dritten Reich" und die Verharmlosung, Rechtfertigung oder gar Verherrlichung nationalsozialistischer Untaten.

Hinzu kommt die allen Rechtsextremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der demokratischen Staatsform und ihrer Repräsentanten in der Absicht, die freiheitlichen und rechtsstaatlichen Werte in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Diese Merkmale sind nicht immer vollständig bei allen rechtsextremistischen Organisationen erkennbar. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend. Auch die Intensität, mit der der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung geführt wird, ist unterschiedlich. Während die Neonazis offen alle wesentlichen demokratischen Verfassungsgrundsätze ablehnen und sie langfristig durch ein System des "Dritten Weges" ersetzen wollen, sind die "national-freiheitlichen" und "nationaldemokratischen" Parteien wie die Deutsche Volkunion (DVU) oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vorsichtiger. Sie verbergen ihre wahren Ziele vielfach hinter der Verfolgung tagespolitischer Forderungen.

DVU und NPD lehnen Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele verbal ab. Neonazis fordern dagegen schon seit Jahren offen zur Gewaltan-

wendung auf. Sie richtet sich vor allem gegen jüdische Friedhöfe und Synagogen, Einrichtungen linksextremistischer Organisationen und in letzter Zeit schwerpunktmäßig gegen Ausländer und deren Unterkünfte. Für die anhaltende Gewaltbereitschaft in neonationalsozialistischen Kreisen und in der Skinhead-Szene sprechen auch die Waffen-, Munitions- und Sprengstoffunde bei verschiedenen Haus- und Wohnungsdurchsuchungen.

Bei der wachsenden Aggressivität vieler Neonazis spielen die Verbindungen zu ausländischen Aktivistengruppen eine wesentliche Rolle. Insbesondere ist hier die NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) zu nennen.

Im Gegensatz zu den meisten linksterroristischen Gewalttaten waren die von Rechtsextremisten ausgehenden militanten Aktionen bisher nur in Ausnahmefällen von langer Hand vorbereitet und geplant. Vielmehr handelte es sich dabei - vor allem auch im Skinhead-Bereich - überwiegend um Spontanaktionen aus einer aktuellen Situation heraus. Diese Verhaltensweise rechtsextremistischer Gewalttäter ist weitgehend unberechenbar und

deshalb auch künftig besonders gefährlich.

Herausragendes und übergreifendes Merkmal aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist der Rassismus, der im Neonazismus und in der Skinhead-Bewegung am stärksten artikuliert wird. Hier kommt die rechtsextremistische Ideologie von der angeblichen Ungleichheit der Menschen und der angeblich unterschiedlichen "Wertigkeit" der einzelnen Menschenrassen zum Vorschein. Neben den Juden werden die Ausländer, vor allem die Türken, von dieser Aggression betroffen. Daher ist der Antisemitismus gegenwärtig durch eine rassistisch begründete allgemeine Ausländerfeindlichkeit überlagert. Rechtsextremisten orientieren sich dabei an den Kriterien der "Fremdartigkeit" der Ausländer. Je "fremdrassiger" der Ausländer, besonders der Asylbewerber oder Flüchtling ist, desto deutlicher wird er als potentielle Gefahr für die deutsche "Volkssubstanz" bzw. "Volksgemeinschaft" hingestellt und man fordert, dem Antisemitismus vergleichbar, aus rassistischen Beweggründen die "Entfernung" dieser Ausländer.

Allgemeine Lage des Rechtsextremismus

Das öffentliche Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in Deutschland wurde im vergangenen Jahr und 1992 durch eine erschreckende Gewaltwelle gegen Ausländer sowie durch Erfolge bei den Landtagswahlen in Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg *) geprägt. Während zunächst Hoyerswerda als Synonym für rechtsextremistisch beeinflusste bzw. gesteuerte Gewalttaten in den neuen Bundesländern galt, verlagerte sich der Schwerpunkt rechtsextremistischer Straftaten in der folgenden Zeit in die alten Bundesländer, besonders nach Nordrhein-Westfalen.

Aber auch Niedersachsen gehört zu den Ländern, in denen eine bislang nicht bekannte und erwartete Zahl von Straftaten gegen Ausländer festgestellt wurde. Offenkundig ist, daß Hoyerswerda zahlreiche Nachahmungstäter über den vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Rechtsextremismus hinaus gefunden hat.

Auffällig ist, daß die neben der DVU führende rechtsextremistische Kraft,

die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, bei den Wahlen keine besondere Zustimmung verzeichnen konnte. Ihre Zeit - die Partei besteht seit den 60er Jahren und hatte damals mit dem Einzug in zahlreiche Länderparlamente ihre größten Erfolge - könnte abgelaufen sein: Mitgliederrückgänge, Austritte und Hinwendung von Funktionären zu anderen Parteien, sowie finanzielle Probleme sind dafür Anzeichen. Auch die Gründung einer neuen rechtsextremistischen Partei, der Deutschen Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga) trug zu Problemen bei der NPD bei.

*) Die Republikaner, die in Baden-Württemberg 10,9 % erreicht haben, werden wegen ihrer teilweisen Nähe zu rechtsextremistischen Positionen im Bund und in den meisten Bundesländern von den Verfassungsschutzbehörden als sogen. Prüffall behandelt, so auch in Niedersachsen. Das heißt: es wird ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel anhand allgemein zugänglichen Materials geprüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind die "Republikaner" bereits als rechtsextremistisch eingestuft; sie entfalten dort deutlich stärkere Aktivitäten als in Niedersachsen.

Die Deutsche Volksunion (DVU) unter Führung des Münchener Zeitschriftenverlegers Dr. Gerhard FREY bleibt, wie auch im vergangenen Jahr, mitgliederstärkste Organisation im Rechtsextremismus.

Unter den neonationalsozialistischen Organisationen in der Bundesrepublik sind gegenläufige Entwicklungen festzustellen. Während sich einerseits die organisatorische Zersplitterung fortsetzte, kam es andererseits verstärkt zur Bildung von Aktionsbündnissen, wie steigende Teilnehmerzahlen bei öffentlichen Veranstaltungen belegen. Zwar lag die Gesamtzahl der erkannten Neonazis in Deutschland 1991 (erstmalig unter Einbeziehung der neuen Bundesländer) bei 2.100 (1990 in den alten Bundesländern: 1.400), aber bislang ist keine integrierende Führungspersönlichkeit bekannt, die dieses Potential unter dem Dach einer neuen Partei einigen könnte. Der Tod des bekanntesten deutschen Neonazis, Michael KÜHNEN, hat eine nicht so schnell zu schließende Lücke hinterlassen. Seinem Nachfolger, einem österreichischen Neonazi, werden eher schwache Führungsqualitäten nachgesagt. Auch die ehemals führende neonationalsozialistische Partei,

die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), konnte ihre Lage nicht verbessern. Der wichtigste Stützpunkt in Norddeutschland, Mackenrode, mußte nach der Ausweisung POLACEKs aufgegeben werden.

Das größte gewalttätige Potential im Rechtsextremismus bilden die neonazistischen Skinheads, deren ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Ressentiments ihre Gewalttaten gegen Ausländer und politische Gegner auslösen. Diese militanten Skinheads haben sich zu dem gefährlichsten Teil des Rechtsextremismus in Deutschland entwickelt und werden auch künftig höchste Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden verlangen.

Skinheads

Im Herbst 1991 erreichte die Gewaltwelle gegen Ausländer und Asylbewerber einen vorläufigen Höhepunkt. Besonders die maßgeblich daran beteiligten SKINHEADS rückten dadurch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Ende der 60er Jahre entwickelte sich in Großbritannien die Skinhead-Bewegung. Steigende Arbeitslosigkeit und eine zunehmende soziale Umschich-

tung durch vermehrten Ausländerzu-
zug besonders in den Arbeitergegen-
den, damit der teilweise Wegfall der
vertrauten sozialen Umwelt führten zur
Entwicklung einer neuen Subkultur,
der sich hauptsächlich Jugendliche
anschlossen.

Anfang der 80er Jahre entstand auch
in der Bundesrepublik Deutschland
eine Skinhead-Bewegung. Anders als
in England war aber nicht soziale Not,
sondern das Auflehnen gegen ver-
meintliche politische und gesellschaft-
liche Mißstände die Ursache für das
Entstehen der deutschen Skinhead-
Bewegung.

Die Skinheads kommen überwiegend
aus ungeordneten Familienverhältnis-
sen. Nach Mißerfolgen in Schule und
Ausbildung sind sie perspektivlos und
ohne Anerkennung durch die Gesell-
schaft. Um diese Defizite auszuglei-
chen, kommt es zu Zusammenschlüs-
sen, um unter Gleichgesinnten Aner-
kennung zu finden. Bei den Skinheads
handelt es sich überwiegend um junge
Menschen. "Skins", die über 25 Jahre
alt sind, bilden die Ausnahme.

Zu erkennen sind die Skinheads
an ihrer uniformähnlichen Kleidung

(Bomberjacken, hochgekrempelte Je-
ans mit breiten Hosenträgern, Doc
Martens-Arbeitsstiefel oder Springer-
stiefel) und an ihrer Haartracht (Glatze
oder millimeterkurz geschnittenes
Haar). Innerhalb der deutschen Skin-
head-Szene sind z.Z. in unterschiedli-
cher Stärke drei Hauptströmungen er-
kennbar:

- Eine Minderheit in der Skinhead-
Bewegung stellen die "antifaschi-
stischen Skins" dar. Sie nennen
sich Redskins (Rote Glatzen) oder
S.H.A.R.P.s (Skinhead Against
Racial Prejudice - Skinheads gegen
rassistische Vorurteile).
- Einen zahlenmäßig großen Anteil
bilden die sogenannten Oi-Skins.
Der Begriff rührt angeblich von der
englischen Übersetzung des Na-
mens der nationalsozialistischen
Freizeitorganisation "Kraft durch
Freude" (Strength through Joy) her
und soll signalisieren, daß nicht die
politische Agitation an erster Stelle
steht, sondern der "Spaß". Dessen
ungeachtet bezeichnen sich die Oi-
Skins als "Patrioten" und lassen
eine stark reservierte Haltung ge-
genüber Ausländern erkennen.
Nach eigenen Aussagen sind sie

eher rechts als links orientiert, lehnen aber rechtsextremistische Zielvorstellungen und Denkweisen ab.

- Die Vorherrschaft in der diffusen Skinhead-Szene haben jedoch in den letzten Jahren die Fascho-Skins einschließlich der Partei-Skins übernommen. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um anpolitisierte Oi-Skins, die oft durch einen aggressiven Rassismus geprägt sind. Die Partei-Skins unterhalten darüber hinaus regelmäßige Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen.

Die neonazistisch geprägten Skinheads haben an einer bewußten oder gar kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Ideologie kein Interesse. Ihr oberflächliches Wissen vom Nationalsozialismus enthält Bruchstücke vom Rassismus und Antisemitismus, ist von einem übersteigerten Nationalbewußtsein geprägt. Alles Fremde wird abgelehnt. Diese Einstellung wird vor allem durch Skin-Publikationen belegt. Die Texte der Erlebnisberichte und Selbstdarstellungen lassen eine deutliche Verachtung von Juden, Farbigen und sogenannten

Undeutschen wie Homosexuellen oder Prostituierten erkennen.

Wegbereitend für diese Einstellung sind vor allem Skinhead-Bands, die durch ihre Liedertexte weite Teile der Skinhead-Bewegung auf die Verteidigung der "nordisch-arischen Rasse" einschwören.

So heißt es in einem Lied der Gruppe Radikahl u.a.:

"RETTET DEUTSCHLAND

*Oh, mein armes Deutschland,
nun bist du soweit.*

Und keiner weit und breit, der dich befreit.

*Doch so darf es nicht mehr weitergehn,
ich kann diese Brut einfach nicht mehr seh'n.*

*Nein, so kann es nicht mehr weitergehn,
ich kann diese rote Brut einfach nicht mehr seh'n.*

Ref.:

*Die Retter Deutschlands, das sind wir.
Für mein Heimatland kämpf ich wie ein wildes Tier.*

*Treue, Blut und Ehre erhält unseren Stolz,
denn wir sind hart, wie deutsches Eichenholz."*

Der Hang zur Ausübung von Gewalt ist in der Skinhead-Szene noch stärker ausgeprägt als bei den Neonazis. Sie wissen kaum etwas über die Wirklichkeit des Nationalsozialismus, aber als Vorbild für den Straßenkampf dient der "SA-Mann", der "mit Brutalität und Härte den politischen Gegner ausschaltete".

Die rechtsextremistischen Skinheads legen besonders durch ihre brutalen Angriffe auf Ausländer, "Linke" und alles "Undeutsche" klare neonazistische Verhaltensmuster und mit denen der Neonazis übereinstimmende Feindbilder an den Tag, wenn sich auch ihre Weltanschauung nicht in einer gefestigten programmatisch-ideologischen Ausrichtung widerspiegelt. Gewalt ist ihr einziges Artikulationsmittel. Da solche Skins aus einer teils unterschweligen, teils offenen rassistischen Motivation heraus handeln, nehmen sie ihr "geistiges Rüstzeug" in Fragmenten aus den Vorstellungen rechtsextremistischer Gruppen und Parteien. Immer größere Teile der Skinhead-Bewegung sind in der Nähe organisierter rechtsextremistischer Bestrebungen auszumachen. Ihre zukünftige Entwicklung muß daher aufmerksam verfolgt werden.

Feste Organisationsstrukturen konnten in der Skinhead-Szene bisher nicht festgestellt werden. Es handelt sich hier vielmehr um lose Zusammenschlüsse, die zumeist spontan – oft nach Alkoholmißbrauch – gewalttätige Aktionen durchführen und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Versuche von rechtsextremistischen Organisationen, Skins in ihre Gliederungen einzubinden, scheitern daher oft daran, daß sie sich in keine festgefügte Ordnung einbinden lassen. Beobachtungen belegen jedoch, daß in einigen Fällen besonders respektierte Skin-Aktivisten aus einer spontanen Situation heraus steuernd auf andere Skins einwirkten, Führungsfunktionen übernahmen und Angriffsziele sowie die Art und Weise der Aktionen bestimmten.

Dem als rechtsextremistisch einzustufenden Teil der Skinhead-Bewegung (= Fascho-Skins und Partei-Skins) mußten nach Erkenntnisstand von Ende 1991 bundesweit etwa 4.200 Personen, mit steigender Tendenz, und müssen in Niedersachsen derzeit 400 bis 500 (nach Erkenntnisstand vom 30.6.1992) zugerechnet werden. Regionale Schwerpunkte von rechtsextremistisch orientierten Skinheads

sind in Niedersachsen die Gebiete um Braunschweig, Göttingen, Hannover/Burgdorf, Hameln, Lüneburg, Stade/Buchholz.

In Niedersachsen hatte sich bislang nur um den inzwischen aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesenen österreichischen Neonazi Karl POLACEK in Mackenrode bei Göttingen ein festerer Kontakt zwischen der neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und etlichen Skinheads ergeben. Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen oder Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) oder der Deutschen Volkunion (DVU) stellen eher die Ausnahme dar, da den Skinheads dort die praktische Anleitung zur "Politik der Straße" fehlt.

Trotz der Schwierigkeiten, Skinheads auf Dauer in feste Organisationsstrukturen einzubinden, bestehen zahlreiche Kontakte zwischen diesen und Neonazis. Skinheads fungieren als Schlägertrupps bei Versammlungen, Tagungen oder Wahlveranstaltungen, um den "ungestörten" Ablauf zu gewährleisten. Dabei besteht ihr Hauptmotiv weniger in dem Schutz der

jeweiligen Versammlungsteilnehmer als vielmehr in der körperlichen Auseinandersetzung mit dem "politischen Gegner". Ferner gibt es Stammtisch-Treffs von Skinheads und Neonazis. Dadurch wird verstärkt rechtsextremistisches Gedankengut in die Skinheadgruppen hineingetragen.

Gesetzesverletzungen mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation

In Niedersachsen war ab September 1991 ein erheblicher Anstieg von Gewalttaten von Rechtsextremisten und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund festzustellen. Den Ausgangspunkt bildeten die Ereignisse in Hoyerswerda am 18. September, die durch ausführliche Berichterstattung in den Medien einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden und auch zu Nachahmungstaten führten.

Asylbewerber, Flüchtlinge oder andere Ausländer sowie deren Unterkünfte und Eigentum waren und sind die Angriffsziele der gewalttätigen Aktionen.

Der Täterkreis setzt sich nach den vorliegenden Erkenntnissen haupt-

sächlich aus Personen zwischen 14 und 23 Jahren zusammen, die zum Teil auch aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes als Skinheads eingeschätzt wurden.

Für den Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember wurden insgesamt 259 Sachverhalte als Übergriffe gegen Ausländer mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation bewertet. Bei der Erfassung wurden als Straftat mit rechtsextremistischem Hintergrund auch die Delikte gewertet, bei denen Ausländer mit Schmier- bzw. Flugblattaktionen, Drohanrufen usw. beleidigt oder bedroht wurden.

Januar bis Dezember 1991

Körperverletzungen	25
Brandanschläge	45
Sprengstoffanschläge	2
Sachbeschädigungen	60
sonstige Straftaten	<u>127</u>
Straftaten insgesamt	<u>259</u>
	===

Der Anteil der Skinheads bei den Tatverdächtigen betrug 17 %.

Herauszuheben sind folgende Gewalttaten:

- Am 19. August setzten unbekannte Täter den vor einer Unterkunft für Asylbewerber in Kalefeld abgestellten Sperrmüll in Brand, infolgedessen brannte das Gebäude aus.
- Am 04. Oktober wurde in Seesen ein mehrgeschossiges Reihenendhaus, in dem zwei türkische Familien wohnten, durch Unbekannte in Brand gesetzt. 3 Erwachsene und 3 Kinder wurden erheblich verletzt und mußten stationär behandelt werden. Es entstand ein Sachschaden von über 200.000,— DM.
- In Hameln wurde am 27. Oktober von unbekanntem Tätern das Wohnhaus einer türkischen Familie in Brand gesetzt. Das Haus brannte vollständig aus.
- In Stadthagen kam es am 16. November vor einem Asylbewerberheim zu Auseinandersetzungen zwischen 20 Rechtsextremisten und etwa 35 Angehörigen der linken Szene. Die Rechtsextremisten drohten, das Asylbewerberheim in Brand zu setzen. Eine Eskalation der Lage konnte durch den Einsatz starker Polizeikräfte verhindert werden.

Nach vereinzelt Straftaten in den Monaten Januar bis August 1991 kam es bereits im September mit 30 Straftaten zu einem Anstieg, der weit über dem Mittelwert der Vormonate lag. (Januar bis August = 54 Straftaten/= 6.75 Straftaten monatlich). Der Monat Oktober stellte dann mit 108 teilweise auch schweren Rechtsverstößen im Hinblick auf das zahlenmäßige Aufkommen einen Höhepunkt dar. Dabei ist ein gewisser Zusammenhang mit dem öffentlichen Echo der Vorkommnisse in Hoyerswerda Mitte September zu vermuten.

Ab November (47 Straftaten) war bereits ein deutlicher Rückgang an entsprechenden Delikten festzustellen. Die Dezemberzahlen (20 Straftaten) lagen dann in Höhe der monatlichen Durchschnittszahlen für das Jahr 1991 (= 259 Straftaten/= 21.6 Straftaten monatlich).

Die Auswertung des Meldeaufkommens ergab weiter, daß überwiegend spontan handelnde Einzeltäter oder Kleinstgruppen (2-5 Personen), oft unter Alkoholeinfluß, für die Straftaten verantwortlich waren. Für eine gezielte Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen ergaben sich keine Hinweise.

Beispiele von Gesetzesverletzungen durch Skinheads

1991 erhöhten sich die Skinhead-Gewalttaten im Bundesgebiet erheblich und erreichten in den Monaten September/Okttober eine dramatische Spitze.

Die nachfolgenden Beispiele beschränken sich auf gravierende Straftaten durch eindeutig erkannte Skinheads in Niedersachsen.

01.01.1991

In der Neujahrsnacht 1990/91 wurden in **Gifhorn, OT Gamsen**, aus einer Gruppe Heranwachsender, darunter auch Skinheads, Feuerwerkskörper in den PKW einer türkischen Familie geworfen. 2 Personen wurden schwer verletzt. Als Täter wurde ein Skinhead ermittelt.

27.01.1991

Mitglieder einer Mahnwache gegen den Golfkrieg wurden in **Oldenburg** von Skinheads zusammengeschlagen.

04.05.1991

Bei einer Auseinandersetzung in **Seelze** zwischen etwa 50 Skinheads und rund

150 Türken wurden einige davon – selbst mit Knüppeln bewaffnet – durch Leuchtspurgeschosse erheblich verletzt.

07.05.1991

In einer Geschäftsstraße in **Wilhelmshaven** kam es zwischen 3 Skinheads und Passanten zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf ein Passant schwer verletzt wurde.

08.05.1991

Von Skinheads wurde am **Gifhorner Waldsee** ein Punker verfolgt und zusammengeschlagen. Die Skinheads waren mit Baseballschlägern, Aluminiumstangen und Gaspistolen bewaffnet.

10.05.1991

Bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung in **Adelebsen, Landkreis Göttingen**, zwischen Skinheads und Türken wurden drei Türken verletzt und alle Scheiben eines Fahrzeuges mit Baseballschlägern zertrümmert.

21.09.1991

In **Jesteburg, Landkreis Harburg**, kam es zu schweren Ausschreitungen gegen ein Asylbewerberheim. Zu den Haupttätern gehörten Skinheads und FAP-Angehörige.

02.10.1991

Versuchte schwere Brandstiftung gegen ein Heim für Asylbewerber in **Stadthagen, Landkreis Schaumburg**, durch zwei Skinheads.

06.10.1991

In **Stadthagen** wurde ein Asylbewerber von sechs Skinheads zusammengeschlagen und beraubt.

08.10.1991

Ein Spielplatz in **Aerzen/Landkreis Hameln** wurde von Skinheads mit Hakenkreuzen, SS-Runen und ausländergefeindlichen Parolen beschmiert.

12.10.1991

Vor einer Unterkunft für Asylbewerber in **Helmstedt** skandierten Skinheads "Ausländer raus" und "Deutschland den Deutschen".

23.10.1991

Offensichtlich weil sie eine dunkle Hautfarbe hat, wurde in **Nienburg** eine Person von Skinheads zusammengeschlagen.

16.11.1991

Bei den Ausschreitungen in **Stadthagen** kam es auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Skinheads und politi-

schen Gegnern. Die Skins drohten, das Heim für Asylbewerber in Brand zu setzen.

Bei der Durchsuchung der Wohnung eines Skinheads wurden eine Hakenkreuzfahne, Schlagwerkzeuge und Molotowcocktails sichergestellt. Der Verdächtige gehörte zu den Kontaktpersonen des FAP-Vorsitzenden Karl POLACEK.

18.11.1991

Ein ausländischer Mitbürger wurde in **Gifhorn** von vier Personen zusammengeschlagen, die Schuhe mit Stahlkappen trugen.

14.12.1991

Nach einem Wortgefecht in **Brake** wurde ein Ausländer von einem Skinhead zusammengeschlagen.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die FAP, in der Vergangenheit bedeutendste neonationalsozialistische Organisation in der Bundesrepublik und jahrelang Gegenstand von Verbotsüberlegungen, konnte auch 1991 ih-

ren Rückgang nicht stoppen. Die Organisationsstruktur zahlreicher Landesverbände und regionaler Gliederungen ist zusehends zerfallen. Lediglich in Nordrhein-Westfalen besteht noch eine aktive Organisation. Formal bestehen Landesverbände noch in Bayern, Berlin, Hessen und Niedersachsen.

Auch die Mitgliederzahl sank im gesamten Bundesgebiet von etwa 200 im Jahre 1990 auf 150 Ende 1991 und ist weiter rückläufig. In Niedersachsen hat die FAP noch etwa 18 Anhänger (im Vorjahr rund 30).

Der Niedergang der FAP hatte sich bereits 1986 abgezeichnet, als in der Neonazi-Szene eine heftige Diskussion darüber entbrannte, ob ein Homosexueller (Michael KÜHNEN) Führer der Neonazi-Bewegung sein könne. Diese Diskussion führte zur Spaltung der Bewegung. Während sich KÜHNEN-Anhänger in der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front zusammenfanden, konzentrierte sich KÜHNENs Gegenspieler MOSLER auf die weitere Unterwanderung der FAP. Permanente Streitigkeiten unter den Parteiverantwortlichen, Mitgliederverluste sowie persönliche Fehden unter

den Mitgliedern haben seitdem die FAP entscheidend geschwächt. Mehrfach unternommene Versuche, bei Wahlen Erfolge zu erringen, blieben ergebnislos.

Ausweisung und Abschiebung des niedersächsischen Landesvorsitzenden der FAP

Mit Verfügung des Landkreises Göttingen - Ausländerbehörde - vom 4. Oktober 1991 wurde Karl POLACEK aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen und die sofortige Vollziehung der Entscheidung angeordnet.

Nach den von der Ausländerbehörde dargestellten Gründen bietet POLACEK durch sein bisheriges Verhalten den begründeten Anlaß zu der Prognose, daß er "auch künftig die geltenden Rechtsvorschriften ignorieren und durch das Begehen weiterer Straftaten die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik beeinträchtigen" werde. Seine Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland sei "demnach das einzig wirksame Mittel", um seinem schädlichen Verhalten entgegenzuwirken.

Aufgrund des Widerspruchs POLACEKs vom 28. Oktober bestätigte das Verwaltungsgericht Braunschweig durch Beschluß vom 10. Dezember die sofortige Vollziehbarkeit der Ausweisungsverfügung.

Daraufhin wurde POLACEK am 22. Januar 1992 nach Österreich abgeschoben. Am 28. Januar 1992 wurde die Beschwerde POLACEKs gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichtes vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückgewiesen.

POLACEK, der sein mit Stacheldraht bewehrtes Haus neonazistisch geprägten Skinheads häufig als Schulungs- und Schlafstätte zur Verfügung gestellt hatte, brachte bis zu seiner Abschiebung in mehreren Interviews eine hohe Gewaltbereitschaft und die Aufforderung an seine Anhänger zur Gewaltanwendung gegenüber politischen Gegnern zum Ausdruck.

Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

Michael KÜHNEN, der am 25. April 1991 in Kassel gestorben ist, gestaltete seine politischen Aktivitäten aus dem Hintergrund mit Hilfe mehrerer Organisationen und Initiativen. So formierte er seine Anhänger nach und nach neu unter dem Dach der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Die GdNF versteht sich als eine "Gemeinschaft von überzeugten und bekennenden Nationalsozialisten", die sich in die Tradition der SA und des revolutionären Flügels der historischen NSDAP (Strasser-Flügel) einreihen und die "Neugründung der NSDAP als legale Partei" anstreben. Sprachrohr der GdNF ist die Zeitschrift Die Neue Front.

Auch 1991 setzten die Anhänger KÜHNENs ihre Bemühungen fort, neue Verbände der GdNF im gesamten Bundesgebiet zu gründen. Neue selbständige Landesorganisationen mit unterschiedlichen Namen, aber mit gleicher neonationalsozialistischer Zielsetzung sollen eventuelle Verbotsverfahren erschweren.

In Niedersachsen kam es nicht zu Aktivitäten der Anhänger KÜHNENs. Die Zahl der Mitglieder bzw. Sympathisanten der GdNF in Niedersachsen dürfte 1991 nicht über 5 Personen hinausgegangen sein.

Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) Wilhelmshaven

Am 8. November 1991 wurde in Wilhelmshaven von jungen Rechtsextremisten der DKB gegründet. Die gleich nach ihrer Gründung aktiv gewordene Gruppierung versteht sich als Sammelbewegung und vertritt in ihren Flugblättern eine offen neonationalsozialistische Position. So heißt es in einer Einladung zu einem "Nationalen Aktions- und Kampftag" am 23. Mai 1992 in der "Marine-Reichshauptstadt Wilhelmshaven":

"Die Veranstaltung steht unter dem Motto:
'Schluß mit der DEUTSCHEN HATZ'
'Freiheit für unsere Nationalen Politischen Gefangenen'
'Deutschland uns Deutschen'".

Weiter heißt es:

„Diese Zusammenkunft verfolgt das Ziel, den Aufbau einer Nationalen und Reichstreuen Einheitsfront aller Nationalen Kämpfer voranzutreiben, um Deutschland aus den Klauen seiner Feinde zu befreien. Der 23. Mai 1992 soll daher kein Nationaler Ausflugstag zur Selbstbeweihräucherung, sondern Kampftag werden.“

Der DKB in Wilhelmshaven, dem ca. 30 Mitglieder angehören, unterhält enge Kontakte zu Neonationalsozialisten in Hamburg.

Nationalistische Front (NF)

Die im November 1985 gegründete NF verfügt als eine der kleineren neonazistischen Organisationen - mit Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen - über rd. 130 Mitglieder. Die geringe Zahl der Mitglieder ist auf das Selbstverständnis der NF als Kaderorganisation zurückzuführen. Sie unterscheidet Mitglieder auf Probe, Vollmitglieder und Kadermitglieder. Die endgültige Aufnahme als Vollmitglied erfolgt nach einer Probezeit von sechs Monaten und der Teilnahme an zwei Schulungsveranstaltungen in den parteiei-

genen Zentren. Die meisten Aktionen der NF gingen bisher von Bielefeld und Pivitsheide bei Detmold aus; dort lag auch der Schwerpunkt der Protestaktionen politischer Gegner.

In Niedersachsen ist eine Ortsgruppe in Braunschweig aktiv. In ihr sind etwa 15 Mitglieder organisiert.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die 1979 gegründete HNG gehört mit 70 Anhängern in Norddeutschland zu den mitgliederstärksten Neonazi-Organisationen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Neonazi-Szene haben die HNG in ihren Aktivitäten erheblich beeinträchtigt und führten zu einem Mitgliederrückgang. Die HNG unterstützt sogenannte nationale Gefangene. Gesinnung und Moral der inhaftierten Neonazis sollen gestärkt und die Verbindungen zwischen ihnen und anderen Rechtsextremisten aufrechterhalten werden. Sie gewährt inhaftierten Rechtsextremisten und deren Familienangehörigen auch im

Ausland finanzielle Hilfen und veröffentlicht in ihrer monatlichen Publikation "Nachrichten der HNG" Leserbriefe dieses Personenkreises, darüber hinaus auch Prozeßberichte und regelmäßig eine "Gefangenenliste", in der immer wieder auch in Niedersachsen einsitzende Rechtsextremisten genannt wurden. Die Bedeutung der HNG zeigt sich darin, daß ihre Veranstaltungen und Aktivitäten von allen Mitgliedern der untereinander zerstrittenen und rivalisierenden neonazistischen Szene getragen werden.

Auch in Niedersachsen sind einige Rechtsextremisten - unabhängig von ihrer Partei- oder Organisationszugehörigkeit - Unterstützer der HNG. Über die "Gefangenenbetreuung" hinausgehende Aktivitäten haben sich 1991 nicht ergeben.

Wiking-Jugend e.V. (WJ)

Die Wiking-Jugend e.V. (WJ) ist weiterhin mit rd. 400 Mitgliedern (in Niedersachsen und Bremen etwa 25) die bedeutendste rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik.

Sie entstand 1952 auf Initiative eines Funktionärs der verbotenen rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP). Der WJ gelang es in der Folgezeit, die Kontinuität rechtsextremistischer Jugendarbeit von den 50er Jahren bis zur Gegenwart zu wahren. Mit ihrer völkisch-nationalistischen "Nordland-Ideologie" empfindet sie sich in der Tradition der ehemaligen "Hitler-Jugend".

Ihre Aktivitäten in Niedersachsen beschränkten sich 1991 auf die Durchführung von sog. Ausbildungslagern in Hetendorf/LK Celle und die obligatorischen Sonnenwendfeiern.

Hetendorf weiterhin rechtsextremistischer Treffpunkt

Auch 1991 stellte die rechtsextremistische Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) das Gelände in Hetendorf/LK Celle verschiedenen rechtsextremistischen Gruppen aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein für Veranstaltungen zur Verfügung.

Auf dem Grundstück fand 1992 vom 13. - 21. Juni die "2. Hetendorfer Tagungswoche" statt. Eigentümer des Grundstückes ist zu Zweidrittel der Hamburger Freundeskreis Filmkunst, der als örtliche Nachfolgeorganisation des 1961 verbotenen Bund Nationaler Studenten entstand und sich insbesondere der Pflege von Filmen aus der NS-Zeit widmet. Das restliche Drittel gehört der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung. Ausrichter der Tagung 1992 waren gemeinsam der Heide-Heim e.V., die Artgemeinschaft, das Familienwerk e.V., der Freundeskreis Filmkunst e.V., die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., die Gesellschaft für freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg, der Heinrich Anacker-Kreis e.V., der Nordische Ring e.V. und die Northern League.

"Revisionismus"-Kampagne

Auch Rechtsextremisten aus Niedersachsen beteiligten sich an der weltweiten Revisionismuskampagne. Unter Revisionismus verstehen rechtsex-

tremistische Organisationen die Interpretation der Geschichte der Weltkriege, des Nationalsozialismus und des "Dritten Reiches" zugunsten Adolf Hitlers und seiner Anhänger. Als Revisionismus im engeren Sinne bezeichnen sie das Leugnen des Holocaust.

Revisionismus war von Anfang an keine nur deutsche, sondern eine internationale Entwicklung. Ab Mitte der 60er Jahre erschien eine Vielzahl von Büchern, die den historischen Nachweis führen wollten, daß es im Dritten Reich keine Ermordung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Überwiegend waren die Autoren keine Historiker; so verfaßte der Agrarjournalist Thies CHRISTOPHERSEN die Schrift "Die Ausschwitz-Lüge".

Nach einer längeren Pause setzte ab 1988 eine verstärkte weltweite Revisionismuskampagne ein. Sie wurde ausgelöst durch einen Strafprozeß, der 1988 vor dem Bezirksgericht Toronto gegen den in Kanada lebenden deutschen Rechtsextremisten Ernst ZÜNDEL anhängig war. ZÜNDEL war der wissentlichen Verbreitung falscher Nachrichten angeklagt. Zu seiner Entlastung legte er ein von Fred LEUCHTER aus Boston/USA verfaßtes "tech-

nisches Gutachten" vor. Demzufolge hätten in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern auf Grund der damaligen technischen Gegebenheiten keine Juden in Gaskammern getötet werden können.

LEUCHTER trug seine Thesen auf dem 9. revisionistischen Kongreß im Februar 1989 in Los Angeles vor. Der britische Schriftsteller David IRVING, der Kongreßteilnehmer war, erklärte auf einer anschließenden Pressekonferenz, der "LEUCHTER-Bericht" habe ihn überzeugt, der Holocaust sei nur eine Propagandalüge der Sieger des Zweiten Weltkrieges.

Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

Neben der Agitation ausländischer Revisionisten zeigt sich der Einfluß ausländischer Rechtsextremisten in Niedersachsen besonders in der Einfuhr und Verbreitung von neonazistischen und antisemitischen Zeitschriften und Aufklebern, die überwiegend aus den USA stammen.

Der Propagandaleiter der NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) Gary Rex LAUCK, Lincoln/Nebraska (USA), gibt große Mengen neonazistischen Propagandamaterials (z.B. "NS-Kampfruf") heraus, das nach Einfuhr von deutschen Gesinnungsgenossen bei zahlreichen Klebe- und Verteileraktionen verbreitet wird.

Die 1991 in Niedersachsen festgestellten Hakenkreuzaufkleber der NSDAP-AO enthielten Aufschriften wie "Ausländer raus", "Rotfront verrecke", "Jetzt NSDAP" oder "Kauft nicht bei Juden".

In der "Kampfschrift" der NSDAP-AO "NS-KAMPFRUF" wird wiederholt die "Ausschaltung des jüdischen Einflusses", die Überwindung des "Materialismus" durch den Nationalismus und die Neugründung der NSDAP als legale Partei gefordert. Endziel sei die "Schaffung eines nationalen Staates" in einem "nevereinigten großdeutschen Reich" und die "Errichtung einer neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der gesamten arischen Welt".

Deutsche Volksunion (DVU)

Die Deutsche Volksunion behauptete auch 1991 ihre Stellung als größte rechtsextremistische Organisation in Deutschland.

Durch umfangreiche publizistische Aktivitäten und Konsolidierung der Finanzen gelang es der DVU, in den neuen Bundesländern Landesverbände aufzubauen und rd. 4000 neue Mitglieder zu gewinnen. Damit stieg die DVU-Mitgliederzahl von ca. 22.000 im Jahre 1990 auf 24.000* im vergangenen Jahr (Der Bestand stieg nur um 2.000, da zuvor eine Bereinigung der Mitgliederdatei stattgefunden hatte). Möglicherweise wird der Wahlerfolg in Schleswig-Holstein in diesem Jahr zu weiteren Steigerungen führen. Die Erfolge haben FREY in seiner Haltung bestärkt, auf Bündnisse mit anderen Parteien (er hatte in der Vergangenheit umfangreiche Absprachen mit der NPD getroffen) zu verzichten. Nach eigenen Angaben will die DVU an allen Wahlen des Jahres 1994 teilnehmen.

*) DVU-Vorsitzender Dr. FREY gibt höhere Zahlen an.

Zu ihren bisherigen Landesverbänden in den alten Bundesländern kamen durch Neugründungen die Landesverbände Berlin-Brandenburg und Sachsen hinzu. Der Aufbau entsprechender Organisationsstrukturen in den restlichen Beitrittsländern ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

Die Zahl der DVU-Mitglieder im Landesverband Niedersachsen ist gegenüber dem Vorjahr stark gesunken. Von etwa 1.600 ging sie zurück auf etwa 900 Mitglieder.*)

Höhepunkt für die DVU war 1991 der Wahlausgang der Bremer Bürgerschaftswahl, bei der sie 6,2 % der Stimmen auf sich vereinigen und 6 Abgeordnete in die Bürgerschaft entsenden konnte. Bei der Wahl der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung erhielt die DVU 10,26 % der abgegebenen Stimmen und 5 Abgeordnete im Stadtparlament.

Die DVU zog 1992 auch in das schleswig-holsteinische Landesparlament ein. Bei der Wahl am 5. April erhielt sie 93.302 Stimmen = 6,3 %. Die DVU, die in allen Wahlkreisen angetreten war, hatte einen Wahlkampf aus dem Hintergrund geführt. Die Re-

präsentanten der Partei waren auf keiner einzigen Wahlveranstaltung öffentlich aufgetreten. Die Partei hatte auf die Wirkung mehrerer Postwurfsendungen, großer Plakatwände sowie Lifafaßsäulenplakatierung gesetzt. Die DVU hatte gerichtlich Wahlkampfspots im Norddeutschen Rundfunk erstritten und - neben den Republikanern - ausstrahlen lassen. Alle anderen Parteien hatten aus Kostengründen auf Wahlkampfspots verzichtet. Zentrale Wahlkampfassagen waren u.a.: Anatolien den Türken! Schleswig-Holstein den Deutschen! Unser Land soll deutsch bleiben! Die D-Mark darf nicht geopfert werden, Schluß mit dem EG-Fimmel auf deutsche Kosten! In der "national-freiheitlichen" Presse ihres Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY (59) hatte die DVU einen triumphalen Wahlerfolg prognostiziert und von einem sich anbahnenden Erd-rutsch-Wahlergebnis gesprochen. Ferner hatte die Partei von einem Rekord-zulauf von Mitgliedern berichtet.

Auf dem Parteitag des DVU-Landesverbandes Niedersachsen am 25. August 1991 in Rade/LK Harburg wurde Klaus BUNGE (DVU-KV Weser-Ems) zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Die Delegierten be-

schlossen - wie bereits vorher schon der Bundesvorstand - die Satzung zu ändern, und künftig den Zusatz "Liste D" ersatzlos zu streichen. Ansonsten blieb der Landesverband der DVU in Niedersachsen wie schon im Vorjahr ohne größere Eigeninitiative.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Allgemeine Entwicklung

Die NPD bemühte sich im vergangenen Jahr, ihre innerparteiliche Krise, die nach dem für sie deprimierenden Ausgang der Bundestagswahl (0,3 % der Zweitstimmen) ausgebrochen war, zu überwinden. Erhebliche finanzielle und organisatorische Probleme und starke Mitgliederverluste, vor allem im süddeutschen Raum, hatten die Partei vor die schwersten Probleme seit ihrer Gründung im Jahre 1964 gestellt. Erst der Bundesparteitag am 8./9. Juni in Herzogenaurach sorgte für eine gewisse Stabilisierung. Durch die Wahl eines neuen Parteivorstandes, der sich auf eine breite Mehrheit in der NPD stützen kann, die Konsolidierung der Finanzen und das auch für die

NPD unerwartet erfolgreiche Abschneiden der DVU bei der Landtagswahl in Bremen ging die Partei zuversichtlicher in das Jahr 1992. Die in dieser Höhe nicht erwartete Niederlage bei der Wahl in Baden-Württemberg und die dadurch eingetretenen neuen Finanzprobleme haben aber die Partei offenkundig so stark getroffen, daß mit einer neuen Krise gerechnet werden muß.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hatten dazu geführt, daß zahlreiche, langjährige Funktionsträger in Süddeutschland die Partei verlassen und sich der Sammlungsbewegung Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte, aus der später die Partei Deutsche Liga für Volk und Heimat hervorging, angeschlossen hatten. Der Streit um die Richtung der NPD wurde auf dem Parteitag in Herzogenaurach beendet. Zum neuen Vorsitzenden wurde Günther DECKERT gewählt, der bereits von 1975 bis 1977 stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender war. Aus Niedersachsen gehören dem neuen Bundesvorstand Funktionäre aus Schöppenstedt (stellvertretender Parteivorsitzender) und

Oldenburg (Generalsekretär) an. Die Partei beschloß eine Unvereinbarkeitsregelung gegen die Mitgliedschaft in der Deutschen Liga.

Maßgeblich für die Konsolidierung der NPD war die rasche Verbesserung der Finanzlage. Durch drastische Einsparungen im Parteiapparat und durch eine erfolgreiche Spendenkampagne unter den Mitgliedern konnte das Defizit abgebaut werden. Außerdem gelang es der NPD, bei der Rückzahlung der Wahlkampfkostenvorauszahlung mit der Bundestagsverwaltung eine für die Partei erträgliche Ratenzahlung zu vereinbaren.

Auch bei der Mitgliederentwicklung konnte die Partei Erfolge erzielen. Obwohl der Rückgang in den alten Bundesländern noch nicht völlig gestoppt ist, gelang durch Mitgliedererwinne in den neuen Ländern eine Steigerung. In Niedersachsen sank die Zahl von 700 Mitgliedern Anfang 1991 auf rd. 620 zum Ende des Jahres. Bundesweit verfügt die Partei über etwa 7.000 Anhänger, davon rd. 900 in den fünf neuen Ländern. Ein Jahr zuvor hatte die NPD rd. 6.500 Mitglieder.

Nach eigenen Angaben der Partei ist 1992 die eingeleitete finanzielle und personelle Konsolidierung möglicherweise zu einem Stillstand gekommen, weil bei der Landtagswahl am 5. April 1992 in Baden-Württemberg ein für sie unerwartet negatives Ergebnis erzielt wurde. Auf die NPD entfielen 44.399 Stimmen = 0,9 %. Vier Jahre zuvor hatte sie noch 101.899 Stimmen erreicht = 2,1 %.

NPD in Niedersachsen

Trotz des Mitgliederrückgangs blieb der NPD-Landesverband Niedersachsen weitgehend von den sonstigen organisatorischen und finanziellen Problemen verschont. Es kam nur zu wenigen Übertritten in die Deutsche Liga, die Finanzlage des Landesverbandes war positiv.

Bei den Kommunalwahlen am 6. Oktober 1991 trat die Partei in zehn Landkreisen, Städten und Gemeinden mit eigenen Listen oder mit von ihr beeinflussten Wählergemeinschaften an. Es gelang ihr, 11 Sitze (1 Kreistagssitz, 3 Stadtratssitze, 2 Samtgemeinderatssitze, 4 Gemeinderatssitze, 1 Ortsratsitz) zu erringen. Dieses - insgesamt eher schwache - Abschneiden wurde

von der Parteispitze überwiegend positiv kommentiert.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Auch die Jugendorganisation der NPD blieb von den Schwierigkeiten der Mutterpartei nicht unberührt. Der organisatorische und finanzielle Zustand der Jungen Nationaldemokraten verschlechterte sich zusehends. Ausbleibende Zuschüsse der NPD und ein starker Rückgang der Mitgliederzahlen waren die Gründe. Während in den alten Bundesländern 1990 noch 750 Mitglieder zu verzeichnen waren, ging diese Zahl 1991 in den alten und neuen Ländern insgesamt auf etwa 550 zurück. Im niedersächsischen Landesverband waren Ende 1991 nur noch etwa 40 Mitglieder vorhanden. Teilweise mußten Landesverbände aufgegeben bzw. mit anderen Verbänden zusammengeschlossen werden. So wurde der bislang eigenständige Verband Bremen aufgelöst, seine Mitglieder werden von Niedersachsen betreut.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga)

Die Deutsche Liga, deren Führungsfunktionäre zum größten Teil ehemals

leitende Funktionäre von NPD und Republikanern sind, versteht sich als "Sammlungsbewegung nationaler Patrioten". Sie bietet sich deshalb vor allem als Auffangbecken für enttäuschte Mitglieder anderer rechtsextremistischer oder rechtsradikaler Parteien (Deutsche Volkunion, NPD, Republikaner u.a.) an. Bereits am 18. Januar 1991 als Verein gegründet (Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte), sah sich die Bewegung noch im selben Jahr wegen eines verlorenen Rechtsstreites mit einem Versicherungskonzern gezwungen, den Namen zu ändern. Am 3. Oktober 1991 konstituierte sich der Verein als Partei unter dem Namen Deutsche Liga für Volk und Heimat. Der Partei gehören etwa 800 Mitglieder an. Landesverbände wurden in Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern errichtet. In Niedersachsen kam es 1991 und 1992 zu Vorbereitungsveranstaltungen für die Gründung eines Landesverbandes.

Insbesondere in Süddeutschland traten zahlreiche Funktionäre von NPD und Republikanern der Deutschen Liga bei, die sich am 3. Oktober 1991 in Baden-Württemberg als Partei konstituierte. Auch Funktionäre und Mitglie-

der der Republikaner sind unter den Gefolgsleuten dieser Partei, die z.Zt. schätzungsweise über 800 Anhänger verfügt. In Niedersachsen ist es 1991 und 1992 zu mehreren Veranstaltungen gekommen, um die Gründung eines Landesverbandes vorzubereiten.

Programmatisch lehnt sich die Partei eng an die NPD an. Das NPD-Partei-programm wurde in wesentlichen Punkten von der Deutschen Liga übernommen. Sie sieht sich der "Wahrung des geistigen und kulturellen Erbes des Deutschen Volkes verpflichtet", beklagt die "Notzucht am Volk" und warnt vor "Überfremdung" durch eine angeblich gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtete einseitige Integrationspolitik. Weiter wird behauptet, daß der kulturelle Ausrottungskrieg von den Feinden des deutschen Volkes unter dem Zeichen der Völkerfreundschaft und Humanität schleichend vorbereitet werde. Die hier lebenden Ausländer trügen zum Verlust "unserer nationalen Identität" bei. Deutschland dürfe sich nicht in eine "multikulturelle Gesellschaft" umwandeln lassen, in der der Deutsche in seiner angestammten Heimat nur "ein Volksteil unter gleichberech-

figten Stämmen und Rassen ist". In diesem Sinne wird auch eine "Rückgliederung deutscher Siedlungsgebiete an das teilvereinigte Deutschland" gefordert.

In einem Einladungsschreiben zu einer Informationsveranstaltung der Deutschen Liga am 24. Januar 1992 in Hildesheim heißt es zu den Zielen der Partei: "Das Ziel kann einzig und allein in der Zusammenfassung aller positiven Kräfte in einer potenten Wahlpartei sein, deren Bogen sich von den konservativen Patrioten über die nationalliberalen bis hin zu den Völkisch-Heimattreuen spannen muß. Die Deutsche Liga hat sich unter diesem Vorzeichen aufgemacht, den dritten Weg zu beschreiten, zwischen Haifischkapitalismus und schmarotzendem Sozialismus, um alle sozialen Schichten unseres Volkes zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit auf breiter Grundlage zu einigen, mit dem Ziel, den zunehmend schädlicher wirkenden Lizenzparteien auf demokratischem Wege das Handwerk zu legen."

Die Gründung der Deutschen Liga hat trotz des eigenen Vorsatzes letztlich zur weiteren Zersplitterung des rechtsextremistischen Lagers in Deutschland

beigetragen. Ob diese Partei nach der verheerenden Niederlage bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und nach den bislang erfolglosen Mitgliederwerbungen in Norddeutschland künftig eine nennenswerte Rolle spielen wird, erscheint zweifelhaft. Eher wird es - ähnlich wie bei der NPD - durch organisatorische und finanzielle Probleme zu einem Rückgang der Aktivitäten kommen.

Überblick

Linksextremistische Organisationen in Deutschland haben sich bisher nicht vom Schock durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa erholen können, wobei zuerst die ehemals von Ostberlin und Moskau ideologisch und materiell abhängigen orthodoxen Gruppierungen in eine tiefe Krise gerieten und heute als schon fast bedeutungslos zu bezeichnen sind. Die jüngsten Entwicklungen zeigen aber, daß auch im linksextremistischen Terrorismus, der von der Rote-Armee-Fraktion (RAF) und den Revolutionären Zellen (RZ) ausgeht, die bisherigen Positionen bröckeln. So erklärte Anfang 1992 erstmalig eine RZ die Aufgabe ihres militanten Kampfes. Begründet wurde dieser Rückzug aus dem Terrorismus mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der deutschen Wiedervereinigung. Auf diese Ereignisse habe die linksradikale Politik keine Antworten gefunden. Diese Stellungnahme ist die erste Auflösungserklärung einer Gruppe des deutschen linksextremistischen Terrorismus seit dem 2. Juli 1980, als die "Bewegung 2. Juni" ihre Aktivitäten beendete. Ähnlich wie die RZ-

Mitglieder argumentierten RAF-Terroristen im April 1992: Durch die Auflösung des sozialistischen Staatensystems sehe sich die RAF einer völlig veränderten Situation gegenüber, in der ihre Politik neu bestimmt werden müsse. Weitere gezielte Mordaktionen gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft seien (jedenfalls derzeit) abzulehnen.

Ein einigendes Thema im Linksextremismus blieb der "Antifaschismuskampf". Orthodoxe Kommunisten, anarchistisch ausgerichtete Gruppen, insbesondere die Autonomen, sowie Terroristen und ihre Unterstützerkreise sehen in diesem Aktionsfeld Chancen für eine gemeinsame Politik und die Erschließung neuer Anhängerkreise.

Linksextremistischer Terrorismus

Rote-Armee-Fraktion (RAF)

Die Erklärungen der RAF zu ihren Schüssen auf die amerikanische Botschaft in Bad Godesberg am 13. Februar 1991 und zur Ermordung des Treuhandchefs Dr. Rohwedder am 1.

April 1991 hatten bereits deutlich gemacht, daß diese aus der Bader-Meinhof-Bande hervorgegangene terroristische Vereinigung sich aus der selbstgewählten Isolierung befreien und neue Unterstützerverkreise finden wollte. Die RAF-Terroristen appellierten an alle, "die die Wirklichkeit im Kapitalismus erdrückend empfinden", sich mit ihnen zusammen zu organisieren sowie gemeinsame Kampfphasen und -ziele zu bestimmen und durchzusetzen.

Obwohl die bis dahin von der RAF verfolgte Strategie in gewaltbejahenden linksextremistischen Kreisen durchweg Zustimmung fand, zeichneten sich positive Entwicklungen für die RAF nicht ab. Im April 1992 stellten RAF-Mitglieder in einer selbstkritischen - und in dieser Form bislang einmaligen - Erklärung fest, daß es "nicht mehr so weitergehen kann wie bisher". Mit dieser Erklärung haben die Terroristen der RAF begonnen, die Geschichte ihres "bewaffneten Kampfes" - insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre - aufzuarbeiten. Für den Zeitraum vor 1989 wurde u.a. festgestellt, daß die RAF mit ihrer Politik nicht stärker, sondern schwächer geworden sei und keine Anziehungs-

kraft für die Menschen entwickelt habe. Jetzt gehe es darum, "neue Bestimmungen für eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderungen für das Leben der Menschen heute durchsetzen kann und längerfristig den herrschenden die Bestimmung über die Lebensrealität ganz entreißt". Durch die "Auflösung des sozialistischen Staatensystems" und "das Ende des kalten Krieges" sehe sich auch die RAF einer "völlig veränderten Situation" gegenüber. Auch die Vorstellung, im "gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen", sei nicht aufgegangen. Ihre Bemühungen in den letzten zwei Jahren, "eine gemeinsame Diskussion und daraus eine gemeinsame Perspektive mit viel mehr Menschen und Gruppen" zu entwickeln, hätten "nicht ausgereicht". Wichtig bleibe für die nächste Zeit der "Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedenen Gruppen und Menschen", um die Basis für eine "Gegenmacht von unten" zu entwickeln. In diesem Prozeß könne jedoch der Terrorismus "nicht im Mittelpunkt" stehen. "Gezielt tödliche Aktionen gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft" würden die jetzt notwendigen Entwicklungen "im Moment nicht voranbringen": "Wir haben uns entschie-

den, daß wir von uns aus die eskalation zurücknehmen. das heißt, wir werden angriffe auf führende repräsentanten aus wirtschaft und staat für den jetzt notwendigen prozeß einstellen."

Die RAF-Mitglieder räumen damit der politischen Diskussion und der Suche nach neuen Wegen eine zeitweise mögliche Priorität gegenüber terroristischen Taten ein. Die Gründe hierfür sind in den Diskussionen über die einsitzenden terroristischen Gewalttäter zu suchen. Ankündigungen, einzelne Inhaftierte auf Bewährung vorzeitig aus der Haft zu entlassen, werfen nach Ansicht der RAF die Frage auf, ob der Staat "raum für politische lösungen zuläßt". Es sei "eine wichtige weichenstellung, ob sich in nächster zeit was in diese richtung bewegt". Daran könne jeder sehen, "in welche richtung der zug fahren soll".

Die Verfasser der Erklärung verknüpfen ihre Ankündigung zur Einstellung terroristischer Gewalttaten mit der unverhohlenen Drohung auf Erneuerung der "eskalation", wenn die staatliche Seite gegen den "prozeß von diskussion und aufbau" mit einer "walze aus repression und vernichtung" vorgehen sollte: "wenn sie uns,

die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können."

Dieser Erklärung, datiert vom 10. April 1992, folgte am 15. April eine Stellungnahme der "gefangenen aus raf und widerstand". Darin wird die Entscheidung der RAF begrüßt, auf Mordtaten zu verzichten. Die "globalen und innergesellschaftlichen umbrüche" seien so tiefgehend, daß sie "für alle eine fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen". Wer weiter an der "notwendigkeit revolutionärer umwälzung" festhalte, müsse diese "umbrüche begreifen und zu einer Neubestimmung von inhalten und formen" der eigenen Politik kommen.

Die beiden Erklärungen zeigen ein bislang von der RAF nicht gezeigtes Maß an interner Kritik, aber auch an Resignation. Die Terroristen haben offensichtlich erkannt, daß die von ihnen verübten Gewalttaten keine ihrer Zielsetzung entsprechende politische Wirkung gezeigt haben. Im Ergebnis gestehen sie ein, mit ihrem Konzept des bewaffneten Widerstandes gegen den demokratischen Rechtsstaat ge-

scheitert zu sein. Angesichts der Deutlichkeit der geübten Selbstkritik entsteht der Eindruck, daß die RAF eine etwaige Fortsetzung ihrer Mordaktionen auf die Dauer kaum mehr glaubwürdig vertreten kann. Etliche dieser Linie widersprechende Erklärungen liegen freilich inzwischen ebenfalls vor und erschweren eine endgültige Bewertung des weiteren Kurses der RAF.

Strukturen der RAF

Dem Kommandobereich der RAF gehören ca. 15 Personen an. Zum engen Unterstützerkreis dieser im Untergrund agierenden Terroristen gehören rund 250 Personen. Hinzu kommen noch mehrere 100 weitere Unterstützer, die sich für die Ziele der RAF in der Öffentlichkeit einsetzen. In Niedersachsen gibt es im Umfeld der Städte Hannover, Braunschweig und Göttingen RAF-Unterstützer, die allerdings 1991 und im laufenden Jahr kaum Aktivitäten entwickelten. Eine Ausnahme stellte am 8. Juli 1991 die Besetzung der Spiegel-Redaktion in Hannover dar, mit der RAF-Sympathisanten für die Zusammenlegung der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" eintraten und für die Freilassung der haft-

unfähigen Terroristen demonstrierten. Diese Aktion fand ebenso wie die anderen Aktivitäten im Zusammenhang mit der sog. Zusammenlegungskampagne nicht die erhoffte Resonanz in der Öffentlichkeit.

Einsitzende terroristische Gewalttäter

Am 23. September 1991 begannen die in der JVA Celle inhaftierten drei terroristischen Gewalttäter einen befristeten Hungerstreik. In einer ausführlichen Hungerstreikerklärung begründeten sie ihr Verhalten mit "nichten-dewollenden Spitzel- und Provokateursgeschichten", denen sie seit Jahren systematisch ausgesetzt seien. Weiterhin stellten die Inhaftierten folgende Forderung:

"Formen der Zusammenlegung, wie sie nach 10, 15, 20 Jahren Isolation im Gefängnis und Isolation von der Gesellschaft draußen notwendig sind, um den politischen und sozialen Stoffwechsel mit der Gesellschaft wiederzubeleben, unbehinderte Zulassung von Gesprächsgruppen, unbehinderte Teilnahme der Gefangenen aus der RAF an der öffentlichen Diskussion, auch über die Medien."

Am 4. Oktober beendeten die Inhaftierten den Hungerstreik mit der Erklärung, sie hätten durch den Streik darauf aufmerksam machen wollen, daß der Staat in den letzten Jahren auf die Vorschläge der Inhaftierten nicht reagiert und daß sich bei der angestrebten Zusammenlegung nichts getan habe. Auffällig war bei diesem Hungerstreik, daß er nicht mit den RAF-Gefangenen in anderen Haftanstalten abgestimmt war.

Revolutionäre Zellen/Rote Zora (RZ)

Die Revolutionären Zellen sind nach wie vor als terroristische Gruppierung mit sozialrevolutionären, antiimperialistischen und frauenspezifischen Zielsetzungen tätig. Sie begingen auch im vergangenen Jahr wiederum mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge, wobei am 13. Juni 1991 durch ein Briefbombenattentat der Berliner Bauerrat Hanno KLEIN ermordet wurde.

Auch Niedersachsen blieb 1991 von Anschlägen der Revolutionären Zellen nicht verschont. So verübten die RZ laut eigener Erklärung am 18. März einen Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline Bramsche-Oldenburg

sowie am 24. März einen Brandanschlag auf eine Esso-Vertriebsfirma in Uelzen.

Zu einem weiteren Sprengstoffanschlag - am 24. April - auf die NATO-Pipeline Bremen-Oldenburg mit einem Sachschaden in Höhe von ca. 80.000,— DM bekannten sich die RZ nicht; allerdings wurde in der Taterklärung - fast textidentisch mit den Taterklärungen zu den beiden vorgenannten Anschlägen - auch diese Aggression mit dem Widerstand "gegen den Einsatz von Flugzeugen der Bundesluftwaffe in der Türkei und der Golfregion" begründet.

Seit dem Frühjahr 1991 wird in alternativen Kommunikationszentren ein Taschenbuch mit dem Titel "DIE ROTE ZORA" angeboten. In dem Vorwort erklären die Herausgeberinnen, daß sie beabsichtigen, "eine öffentliche Debatte über illegale, militante Organisation unter Frauen anzuregen", um als Fernziel eine "Frauenbefreiungsbewegung" vor allem auch mit internationalem Anspruch zu verwirklichen; hierzu seien die Texte der "illegal und militant als Frauengruppe" kämpfenden Roten Zora geeignet. Diese Publikation ist nach längerer

Zeit der erste ernsthafte Versuch, die Diskussion um den militant und illegal organisierten "Frauenkampf" zu beleben.

Dem stand ein Positionspapier einer "Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen" entgegen, das im Juli in Berlin veröffentlicht wurde. In diesem Papier wird scharfe Kritik an den jüngsten terroristischen Aktionen von RAF und RZ geübt. Militante Aktionen seien zwar "ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention", aber kein Selbstzweck. Politischer Mord sei gegenwärtig kein adäquates Mittel revolutionärer Politik.

Ähnlich kritisch zur Politik der RZ äußerte sich ein Strategiepapier vom 19. Dezember 1991, das als Nachruf auf das RZ-Mitglied Gerhard ALBARTUS verfaßt worden war. Dieser war im Dezember 1987 in einem Land des Nahen Ostens nach einem Tribunal von einer palästinensischen Organisation hingerichtet worden. Die Verfasser setzen sich eingehend mit Erfahrungen und Folgerungen der RZ aus früherem internationalistischen Engagement auseinander. Sie räumen ein, erst der Tod ihres Genossen habe sie

empfindsam gemacht für das Ausmaß der Tragödie, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet würden. Erforderlich sei jetzt eine Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Politik und Moral, über den Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und über den Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror.

Im März 1992 wurde eine Erklärung einer Revolutionären Zelle in Nordrhein-Westfalen vom Januar desselben Jahres veröffentlicht, in der diese die Aufgabe ihres militanten Kampfes begründet und für eine politische Öffnung der Revolutionären Zellen eintritt. Erstmals werden interne Differenzen dieser terroristischen Vereinigung - einschließlich ihrer Frauenorganisation, der Roten Zora - bei der Bewertung politischer Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Die nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und nach der Wiedervereinigung gewandelten Bedingungen linksradikaler Politik erforderten eine grundsätzliche und umfassende Strukturanalyse, die die Linke derzeit nicht zu leisten vermöge.

Zwar gehören die Verfasser dieser Erklärung nur einer lokalen Gruppe an und erklären ausdrücklich, daß sie "nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ" sprechen, dennoch müssen ihre Ausführungen als Beleg für Erosionserscheinungen auch in dieser terroristischen Vereinigung gewertet werden. Ob sich weitere RZ-Gruppen zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes erklären werden, muß abgewartet werden, erscheint aber nicht unwahrscheinlich.

Undogmatischer Linksextremismus

Allgemeine Entwicklung

Unverändert gilt die Feststellung, daß im undogmatischen Bereich der Neuen Linken kaum feste Strukturen, klare ideologische Zielvorstellungen oder formulierte Programme auszumachen sind. Gruppenbildungen sind stets davon abhängig, ob sich eine Leitfigur in der Szene für ein besonderes Reizthema einsetzt und damit Szenenangehörige an sich binden kann. Meist bestimmen die Gefühlslage und das augenblickliche Feindbild sponta-

nes Handeln von Personen oder Gruppen aus diesem Bereich, so daß Aktionen kaum berechenbar sind.

Autonome

Die Autonomen (sinngemäß: "nach eigenen Gesetzen lebend") haben ihre Wurzel vielfach in der Hausbesetzerszene. Erste "autonome Gruppen" entstanden ab 1980 auch in Niedersachsen. Mit der Bezeichnung "Autonome" sollte der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß man sich von bestehenden politischen und rechtlichen Strukturen unabhängig fühlt. Wo der Staat sich gegen sie stellt, rufen Autonome zum Kampf auf und schrecken bei Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht vor massiver Gewaltanwendung zurück. Gewaltanwendung gegenüber Polizeibeamten und Gewalt gegen Sachen ist für Autonome nichts Unzulässiges.

Wichtigstes Aktionsfeld der Autonomen war auch 1991 der "Antifaschismuskampf". Dabei hat sich Göttingen als Hauptaktionsort in Niedersachsen entwickelt, da die dortigen Autonomen die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in Niedersachsen bilden. Der

„antifaschistische Kampf“ umfaßt Aktionen gegen tatsächliche oder vermutete Rechtsextremisten, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Als Ursache dieser Probleme wird der so bezeichnete kapitalistische Staat angesehen, dem faschistische Grundlagen unterstellt werden. Folgerichtig heißt es bei Göttinger Autonomen, daß die Bundesrepublik Deutschland die Wurzel aller Übel sei und daß deswegen ihre Staatsform zerschlagen werden müsse.

Mit Hilfe des Antifaschismus-Themas wurde von Göttinger Autonomen eine Debatte zur autonomen Organisation angestrebt. Im August 1991 konstatierten sie eine Schwächung der eigenen Bewegung, die es als relevante politische Kraft seit einigen Jahren schon gar nicht mehr gebe. Die Räumung besetzter Häuser und die Realisierung „imperialistischer Großprojekte“ wie Startbahn West, Brokdorf und Gorleben hätten ihnen wichtige Politikfelder genommen. Große Teile der Szene wollten nur noch ihre „eigenen Nischen verwalten“. Notwendig sei weiterhin ein revolutionärer Umbau der Gesellschaft, eine Zerschlagung des alten Machtgefüges. Um zu neuen Erfolgen ihrer Politik zu kommen, sollten sich die Autonomen unter dem

Dach des Antifaschismus-Kampfes organisieren: „Für uns ist autonomer Antifaschismus immer noch der beste Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik, weshalb wir uns unter diesem Vorzeichen organisieren wollen.“ Die Autoren rufen dazu auf, verbindliche Strukturen anzustreben, um damit „eine legale Organisation zu schaffen. Funktion der Organisation wäre es, Anlauf- und Ansprechpunkt für Menschen zu sein, die sich organisieren wollen bzw. öffentlich ansprechbar zu sein, beispielsweise für Medien.“

Neben der Diskussion über neue Organisationsformen, die bisher allerdings weitgehend auf Göttingen beschränkt blieb, gab es 1991 auch grundsätzliche Fragen nach dem Selbstverständnis der Autonomen. So wurde in dem Szeneblatt „Interim“ vom 24. Oktober 1991 ein selbstkritischer Beitrag unter der Überschrift „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler“ veröffentlicht. In einer persönlichen Erklärung schildert einer der Verfasser seine Lage: Sechs bis sieben Jahre habe er in autonomen Zusammenhängen gelebt, dabei zehn bis 20 Gruppen und ebenso viele Kampagnen durchlaufen; etwa 2/3

der Leute hätten sich inzwischen ins Privatleben zurückgezogen, einer sei vorübergehend in der Psychiatrie gelandet, ein anderer habe Selbstmord begangen, wieder andere seien im Suff geendet oder hingen an der Nadel. Schuld seien nicht nur die objektiven Bedingungen oder subjektives Unvermögen, sondern offensichtlich auch die autonomen Strukturen. In der täglichen Arbeit spüre man nicht, wofür man kämpfe, statt dessen stürze man sich in immer neue Kampagnen. Jüngere Genossen fingen stets immer wieder am Nullpunkt an; die autonome Bewegung sei eher "radikale Jugendkultur als eine altersübergreifende Bewegung". In der Szene herrsche "Uniformzwang" mit "einheitlicher Subkultur", in der eine "subjektive Emanzipation" nicht möglich sei. Wer keinen "output" an militanten Aktionen hervorbringe, gelte als nicht wertvoll für den revolutionären Prozeß.

Seit 1990 werden von Autonomen antifaschistische Jugendgruppen gegründet. Sie treten unter Namen wie "Jugend-Antifa", "Antifaschistische Jugend" oder "Antifa-Jugendfront" auf. In Braunschweig begründete sich eine Gruppe "Antifaschistische Jugend - Autonome Gruppe", die als Symbol

einen Faust in einem fünfzackigen Stern führt. In Göttingen besteht eine "Antifa-Jugendfront", die eine personelle Übereinstimmung mit der autonomen Antifa-Szene aufweist. Aus diesem Bereich stammen in Göttingen zahlreiche Initiativen zum "antifaschistischen Kampf". Dabei bestehen enge Verbindungen zu der "Initiative KuK" (Kunst und Kampf).

Beispielhaft für die Gewalttätigkeit der autonomen Szene im Raum Göttingen sind die folgenden Anschläge im Jahr 1991:

10.02.91

Brandanschlag gegen das Juristische Seminar der Universität Göttingen durch "Eine kämpfende Gruppe" unter dem Thema "Solidarität mit der RAF".

02.11.91

Brandanschlag auf das Haus der Studentenverbindung "Brunsviga" durch "Autonome Antifa (M)" (lt. hannoverscher Szenezeitung RAZZ, Dez. 91).

09.11.91

Brandanschlag auf die Funkrelaisstation "Bismarckturn" im Landkreis Göttingen durch ein "Kommando Antonio

Amadeu". Dadurch wurde der Funkverkehr der Rettungsdienste beeinträchtigt.

14.11.91

Brandanschlag auf den Privat-PKW eines Kriminalbeamten in Bovenden-Eddinghausen durch ein "Autonomes Kommando POMPOM".

04.12.91

Zerstörung von Schaufensterscheiben an Aldi-Filialen in Göttingen durch "Autonome gegen Sanierung".

19.12.91

Brandanschlag auf eine VAG-Vertretung in Göttingen durch ein "Kommando Philip-Werner Sauter".

25.12.91

Brandanschlag auf das Wohnmobil des Göttinger Oberstadtdirektors durch "Einige Leute aus dem Kommando Philip-Werner Sauter".

28.12.91

Brandanschlag auf einen PKW einer Immobilien-Firma in Göttingen durch ein "Kommando Jonathan Jackson".

Dogmatischer Linksextremismus

Marxistische Gruppe (MG)

Die MG als stärkste Organisation der dogmatisch-extremistischen Neuen Linken konnte ihr personelles Potential bis in das Jahr 1991 kontinuierlich steigern; die Zahl ihrer aktiven Anhänger wurde zuletzt bundesweit auf mehr als 10.000 Personen geschätzt. In Niedersachsen waren der MG rund 100 Anhänger zuzuordnen.

Die MG hatte am 21. Mai 1991 ihre "Auflösung" bekanntgegeben. Grund für diesen überraschenden Beschluß war nach eigenen Angaben die Herausgabe einer Broschüre des Bundesinnenministeriums zur Ideologie, Politik und Mitgliederstruktur der Marxistischen Gruppe. In dem "Auflösungsbeschluß" hatte es geheißen: "Die Angriffe des Staates und seiner Sicherheitsbehörden auf unsere Organisation und auf die berufliche Existenz der Befürworter unserer Sache nötigen uns dazu, die Marxistische Gruppe aufzulösen". Gleichwohl läßt der Beschluß erkennen, daß mit der "Auflösung"

kein Abrücken der MG von ihren verfassungsfeindlichen Zielen verbunden ist: "Nein, wir nehmen nichts zurück von der kommunistischen Kritik, die wir verbreiten und immer vertreten haben. Wir geben nicht auf, weil wir wegen mangelnder Nachfrage nach kommunistischer Kritik an unseren Ansichten Zweifel bekommen hätten. Wir geben auch nicht auf, weil die Welt den Kommunismus für tot erklärt. Wir lösen uns auf, weil uns der freiheitlich demokratische Rechtsstaat mit seinem Verfolgungswahn keine Wahl läßt. Und der staatlichen Fahndung Märtyrer anzubieten, ist uns zu blöd."

Es bleibt abzuwarten, ob sich hinter der erklärten "Auflösung" nicht tatsächlich eine strategische Umgruppierung und organisatorische Neuorientierung verbirgt, wofür bereits deutliche Anzeichen sprechen.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auf Bundesebene

Die DKP hat auf ihrem 11. Parteitag (10. - 12. Mai 1991 in Bonn) bestätigt, daß sie an ihren verfassungsfeindlichen Zielen festhält. Sie versteht sich weiterhin als marxistisch-leninistische Klassenkampfpartei, die auf dem

Wege der Revolution ein "sozialistisches" System errichten will. Die Frage der politischen Macht und die Eigentumsfrage sind für die DKP auch weiterhin zwei unverzichtbare Eckpfeiler einer marxistischen Sozialismus-Konzeption. Ohne Er kämpfung, Verteidigung und Nutzung der politischen Macht der Arbeiterklasse könne es nicht den unerläßlichen "revolutionären Bruch" mit den kapitalistisch-imperialistischen Besitz- und Machtverhältnissen geben.

Zentrales Thema des Parteitages war die künftige Entwicklung der DKP. Er beschloß, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten. Die DKP bekräftigte ihren Anspruch, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu sein, verzichtete aber darauf, die Ausdehnung auf die neuen Bundesländer förmlich zu beschließen. Die Befürworter eines dogmatischen Kurses konnten sich im neuen Parteivorstand behaupten.

Die DKP sprach sich erneut dafür aus, mit der PDS weiterhin eng und solidarisch zusammenzuarbeiten. Führende Vertreter der Kommunistischen Plattform der PDS vereinbarten bei einem Gespräch mit Mitgliedern des Spre-

cherrates der DKP Ende September in Hannover regelmäßige Treffen. Die Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien wurden intensiviert.

Der DKP ist es nicht gelungen, sich zu stabilisieren und ihre Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Der Mitgliederbestand hat sich 1991 auf Bundesebene von 11.000 auf unter 8.000 verringert. Heftige Auseinandersetzungen zwischen "Hardlinern" und Vertretern einer "integrativen" Linie innerhalb der Parteiführung beherrschten weitgehend die Vorstandstagen und Kongresse der DKP. Kontrovers wurde diskutiert, ob und wie die DKP als eigenständige kommunistische Kraft erhalten werden könne.

Der Staatsstreich in der ehemaligen Sowjetunion (19. - 21. August) wurde von der DKP-Führung mit unverhohlener Sympathie aufgenommen und auch nach dem Scheitern grundsätzlich positiv bewertet. Diese Einschätzung ist in der Partei auf erhebliche Kritik gestoßen und dürfte auch Anlaß für weitere Parteiaustritte gewesen sein.

DKP in Niedersachsen

In Niedersachsen trat die DKP öffentlich kaum in Erscheinung. Sie mußte weitere Mitgliederverluste hinnehmen und verfügt noch über rund 500 Mitglieder.

Führende Funktionäre der DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen plädieren im Gegensatz zu auf Bundesebene vertretenen Auffassungen - für einen Ausbau der Bündnistätigkeit, wie sie die DKP in Niedersachsen in Gestalt des Runden Tisches Niedersachsen unter Beteiligung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)*) sowie zu den Kommunalwahlen erfolgreich praktiziert habe.

*) Die PDS wird in Niedersachsen wie im Bund und den meisten Bundesländern auf Grund ihrer Entstehung aus der ehemaligen SED und der revolutionär-marxistischen Zielsetzungen zumindest einer Strömung innerhalb der Partei von den Verfassungsschutzbehörden als Prüffall behandelt. Das heißt: es wird ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel anhand allgemein zugänglichen Materials geprüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen.

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 6. Oktober kandidierte die DKP lediglich für den Rat der Stadt Nordhorn und für den Kreistag des Landkreises Grafschaft Bentheim mit eigenen Listen. Sie erlangte zwei Mandate im Stadtrat von Nordhorn (1986: 5 Mandate) und ein Kreistagsmandat (1986: 2 Mandate). In fünf weiteren Städten (Hannover, Braunschweig, Göttingen, Oldenburg, Delmenhorst) traten Wahlbündnisse ("Linke Listen") an, denen - in unterschiedlicher Zusammensetzung - Vertreter der DKP, des BWK sowie der PDS angehörten. Sie erhielten je ein Mandat in Braunschweig, Göttingen und Oldenburg. Im Stadtrat von Göttingen verzichtete ein zunächst gewähltes BWK-Mitglied zugunsten eines langjährigen DKP-Funktionärs. In Oldenburg wurde ein Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Niedersachsen in den Stadtrat gewählt. Die Linke Liste Hannover und ein ebenfalls unter Mitwirkung von DKP-Mitgliedern gebildetes Wahlbündnis "Selbsthilfe-Bündnis Delmenhorst" verfehlten laut DKP-Zentralorgan Unsere Zeit (UZ) vom 18.10.1991 nur knapp einen Mandatsgewinn. In einer Erklärung der Linken Liste Hannover zum Ausgang der Kommunalwahlen wurde u.a. fest-

gestellt, daß ihre Kandidatur einen Fortschritt in der Bündnispolitik darstelle und es keinen Grund gebe, das Bündnis "Linke Liste" aufzulösen. Die Linke Liste Hannover will für linke, antikapitalistische Politik wirken.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die SDAJ sieht es nach wie vor als ihre vorrangige Aufgabe an, "sozialistisches Klassenbewußtsein" unter den Jugendlichen zu verbreiten. Sie intensivierte ihre langjährigen engen Beziehungen zur "Freien Deutschen Jugend" (fdj), der ehemaligen DDR-"Massenorganisation". Nach gemeinsamen Seminaren im Januar 1991 in Hannover und im April 1991 in Magdeburg verabschiedeten SDAJ und fdj auf ihrem 3. Seminar im Juni 1991 in Essen einen gemeinsamen "Aufruf zur Diskussion über die Bildung einer bundesweiten linken föderativen Jugendstruktur".

Auf ihrem 11. ordentlichen Bundeskongreß am 14./15. Dezember 1991 in Essen, der erstmals als Bundesmitgliederversammlung mit über 130 Teilnehmern durchgeführt wurde,

beschloß die SDAJ, den zuvor im Verband zur Diskussion gestellten Entwurf einer programmatischen Erklärung als "Analyse und Aussagen der SDAJ vom 14.12.1991" zu bezeichnen und im Verband weiter zu diskutieren. In dem Dokument bekräftigt die SDAJ ihren Anspruch als revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugendorganisation. Eine sozialistische Bundesrepublik könne nicht allein durch Reformen erkämpft werden, sondern erfordere einen grundsätzlichen Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen.

Allgemeine Entwicklung

Die Bedeutung sicherheitsgefährdender und extremistischer Bestrebungen von Ausländern ging 1991 bundesweit zurück. Auch in Niedersachsen wurden herausragende Aktivitäten extremistischer Ausländerorganisationen nicht festgestellt. Die Bemühungen derartiger Gruppierungen richteten sich vorwiegend auf Vorgänge in ihren Heimatländern. Insgesamt muß festgestellt werden, daß die eindeutige Mehrheit der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger die Gesetze und demokratischen Regeln der Bundesrepublik Deutschland achtet. Dennoch erfordern terroristische oder latent gewaltbereite Ausländerorganisationen besondere Aufmerksamkeit. Dazu zählen insbesondere die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die bereits 1983 durch den Bundesinnenminister verbotene Devrimci Sol.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die unverändert dem Marxismus-Leninismus anhängende PKK strebt die Gründung eines kurdischen Nationalstaates unter ihrer Führung auch mit terroristischen Mitteln an. Ihr Ziel ist die "Abschüttelung der Fremdherrschaft und die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates unter Führung der PKK". Der Generalsekretär ÖCALAN, der seit Gründung der PKK diese Funktion ausübt, zeigte sich vom Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa unbeeindruckt. Er will "Ideen und Ideale" des Marxismus-Leninismus "weiterentwickeln". An der grundsätzlichen Orientierung der PKK gegen Kapitalismus und Imperialismus ändere sich nichts. Trotz dieser öffentlichen Erklärungen scheint ÖCALAN aber einen nationalistischen Kurs seiner - formal kommunistischen - PKK zu steuern. Mit der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) verfügt die PKK über eine effektive Propagandaorganisation. Die Volksbefreiungsorganisation Kurdistans (ARGK) ist ihre straff organisierte Militärorganisation in der Türkei. Dort sind ihre bevorzugten Anschlagziele öffentli-

che Einrichtungen. In Deutschland tritt die PKK vor allen Dingen propagandistisch in Erscheinung. Dabei wird die Bundesrepublik teilweise massiv verbal angegriffen. So wird sie nach der Türkei als "Kriegsfeind Nr. 2" bezeichnet. Zu terroristischen Anschlägen kam es im vergangenen Jahr allerdings nicht.

In Niedersachsen sind PKK-Anhänger besonders in den Räumen Celle/Hannover, Osnabrück und Goslar aktiv.

Um neue Anhängerkreise zu erschließen (die PKK verfügt über rund 3.500 Aktivisten) wurden seit 1988 zahlreiche Nebenorganisationen gegründet:

- Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) mit Sitz in Bonn,
- Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (HUNERKOM) mit Sitz in Bonn und einem Mitgliedsverein in Hannover,
- Kurdistan-Komitee e.V. mit Sitz in Köln,
- Kurdistan-Centrum e.V. mit Sitz in Bonn,
- Union der patriotischen Frauen Kurdistans (YZWK),
- Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK),
- Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans (YRWK),
- Union der patriotischen Jugend Kurdistans (YCK),
- Union der patriotischen Gläubigen Kurdistans (YOWK) und
- Kurdischer Studentenverband (YXK).

Die vier erstgenannten Organisationen sollen vor allem Publikationen herstellen und vertreiben, mit denen die Ziele der PKK propagandistisch gefördert werden. Außerdem treten ihre Mitglieder als Anmieter von Räumlichkeiten für Großveranstaltungen und als Anmelder von Demonstrationen auf.

Der FEYKA-Kurdistan gehören 18 Mitgliedsvereine an, in Niedersachsen

das Kurdische Kultur- und Beratungszentrum AMED in Celle und der Arbeiterverein aus Kurdistan in Hannover e.V..

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Diese am 8. Februar 1983 vom Bundesinnenministerium nach dem Vereinsgesetz verbotene Organisation setzte 1991 ungeachtet der gesetzlichen Sanktionen auch in Niedersachsen ihre Aktivitäten fort. Im Mittelpunkt standen im vergangenen Jahr Spendenkampagnen zur Unterstützung ihres Kampfes in der Türkei. 1990 wurden dabei europaweit ca. 1 Million DM gesammelt, in Deutschland 250.000,— DM. 1991 kam es zu einer erheblichen Steigerung dieses Spendenaufkommens; allein in Deutschland dürfte die Zahl bei weit über 1 Million DM gelegen haben.

Bei diesen Sammlungen kam es wiederholt zu Erpressungen bzw. Erpressungsversuchen. Devrimci Sol-Mitglieder stehen darüber hinaus im Verdacht, im Juli 1991 eine Brandstiftung gegen eine türkische Bank in Hannover begangen und eine Brandstiftung gegen die Niederlassung einer türkischen Fluggesellschaft ebenfalls in Hannover versucht zu haben.

Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)

Die AMGT mit Sitz in Köln ist mit ihren bundesweit etwa 12.500 Mitgliedern Sammelbecken islamisch-nationalistischer Türken. Ihr Ziel ist die Umwandlung der türkischen Republik in einen auf den Islam gründenden Staat nach dem Vorbild Irans. Die AMGT ist eng an die seit 1980 in der Türkei verbotene "Nationale Heilspartei" und deren Nachfolgeorganisation "Wohlfahrtspartei" angelehnt. Der ehemalige Vorsitzende der Heilspartei und gegenwärtige Chef der Wohlfahrtspartei, ERBAKAN, referierte wiederholt in der Bundesrepublik vor tausenden von Anhängern. Auch im vergangenen Jahr kam es zu solchen Großveranstaltungen u.a. in Köln, Koblenz und Wuppertal. Nach eigenen Angaben verfügt die AMGT in den alten Bundesländern über 400 Vereinigungen und Moscheen, mehr als 100 seien in der Gründungsphase. 20.000 Mitglieder sollen regelmäßig Beiträge entrichten.

In Niedersachsen wurden öffentliche Veranstaltungen nicht bekannt.

**Föderation der Türkisch-Demokratischen
Idealistenvereine in Europa e.V.
(ADÜTDF)**

Die extrem-nationalistische ADÜTDF entwickelte 1991 - wie in den Vorjahren - keine nennenswerten Aktivitäten. Ideologisch orientiert sich diese Organisation an dem Gedankengut der in der Türkei verbotenen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) unter Alparslan TÜRKES, der jetzt die Nachfolgeorganisation Nationalistische Arbeitspartei leitet. TÜRKES befürwortet die Eingliederung der türkischen Siedlungsgebiete Kirkuk und Mossul (Irak) und tritt für ein "großtürkisches Reich" ein. Im Frühjahr und Herbst 1991 hielt sich TÜRKES zu verschiedenen Veranstaltungen in Deutschland auf.

**Provisional Irish Republican Army
(PIRA)**

Die Anschlagserie der dem Marxismus-Leninismus verbundenen PIRA auf dem europäischen Festland setzte sich 1991 nicht fort. Vielmehr steigerte die PIRA ihre terroristischen Aktivitäten in Großbritannien. Erstmals wird es in Deutschland zu einem Prozeß gegen ein PIRA-Mitglied kommen. Die Irin

Donna MAGUIRE wird beschuldigt, an folgenden Straftaten beteiligt gewesen zu sein:

- 26.10.1989 Ermordung eines britischen Soldaten und dessen sechs Monate alter Tochter in Wegberg-Wildenrath,
- 04.05.1990 versuchter Sprengstoffanschlag auf britische Kaserne in Langenhagen, Landkreis Hannover,
- 02.06.1990 Ermordung eines britischen Offiziers in Dortmund.

Der Prozeß gegen Donna MAGUIRE, die von niederländischen Behörden am 07. Oktober 1991 nach Deutschland überstellt worden war, wird vor dem Oberlandesgericht Celle stattfinden. Terroristische Aktionen der PIRA aus diesem Anlaß sind in Niedersachsen nicht auszuschließen.

Einleitung

Mit der Vereinigung Deutschlands und den tiefgreifenden politischen Veränderungen im Osten und Südosten Europas ist ein grundsätzlicher Wandel der Spionageinteressen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet worden. Der Verlauf dieser Veränderungen und ihr Ausgang sind von dem Prozeß der Neuorientierung in den Staaten des ehemaligen Ostblocks abhängig und bleiben abzuwarten. Ein umfassendes und vor allem längerfristiges Lagebild der Spionageaktivitäten dieser Länder ist z.Z. nicht möglich. Auch mittelfristige Prognosen wären spekulativ.

Es ist aber erkennbar, daß die Spionageaktivitäten insoweit nicht mehr von Blockgedanken und Ideologien, sondern von nationalen Interessen bestimmt werden. Dies läßt sich insbesondere über die früher von der Sowjetunion abhängigen Staaten sagen.

Neben der Beobachtung der aufgezeigten Entwicklung und der von diesen Ländern weiter ausgehenden Spionage wird die Beobachtung der Aktivi-

täten von Nachrichtendiensten aus Krisenländern besondere Bedeutung gewinnen. Mit der Erlangung der vollen Souveränität Deutschlands wird der eingeschränkt nur nach Osten gerichtete Blick der Spionageabwehr aufgegeben werden müssen.

Das Jahr 1991 war für die niedersächsische Spionageabwehr wesentlich durch die Aufarbeitung der Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der früheren DDR geprägt. Es galt, in Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Ländern Informationen über Strukturen, hauptamtliche Mitarbeiter und Agenten zu gewinnen, um eine Fortführung der nachrichtendienstlichen Arbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland mit demselben Personenkreis zu unterbinden.

Der Staatssicherheitsdienst der UdSSR war mit wahrscheinlich 500.000 Mitarbeitern die größte geheimdienstliche Organisation, die es in der Geschichte je gab. Im Dienste der KPdSU war sie Herrschaftsmittel dieser Partei und sollte zugleich eines der Instrumente zur Verwirklichung der kommunistischen Weltrevolution sein. Nach dem gescheiterten Putschversuch in

hung des Agentenlohns droht im jetzt der Verlust der Pensionsbezüge.

Einige Hinweise aus Niedersachsen führten auch zu Ermittlungsverfahren in anderen Bundesländern:

So wurde ein in Süddeutschland ansässiges Arztehepaar enttarnt, das vom MfS bereits 1976 ins Bundesgebiet übersiedelt worden war und bis zur Auflösung des MfS umfangreiche Informationen geliefert hat. Für die bei Treffs in Drittländern (u.a. CSFR, Ungarn) an den Führungsoffizier übergebenen Erkenntnisse zu Aktivitäten sogenannter Feindorganisationen, wie

- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM)
- Hilferufe von Drüben (HvD)
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)

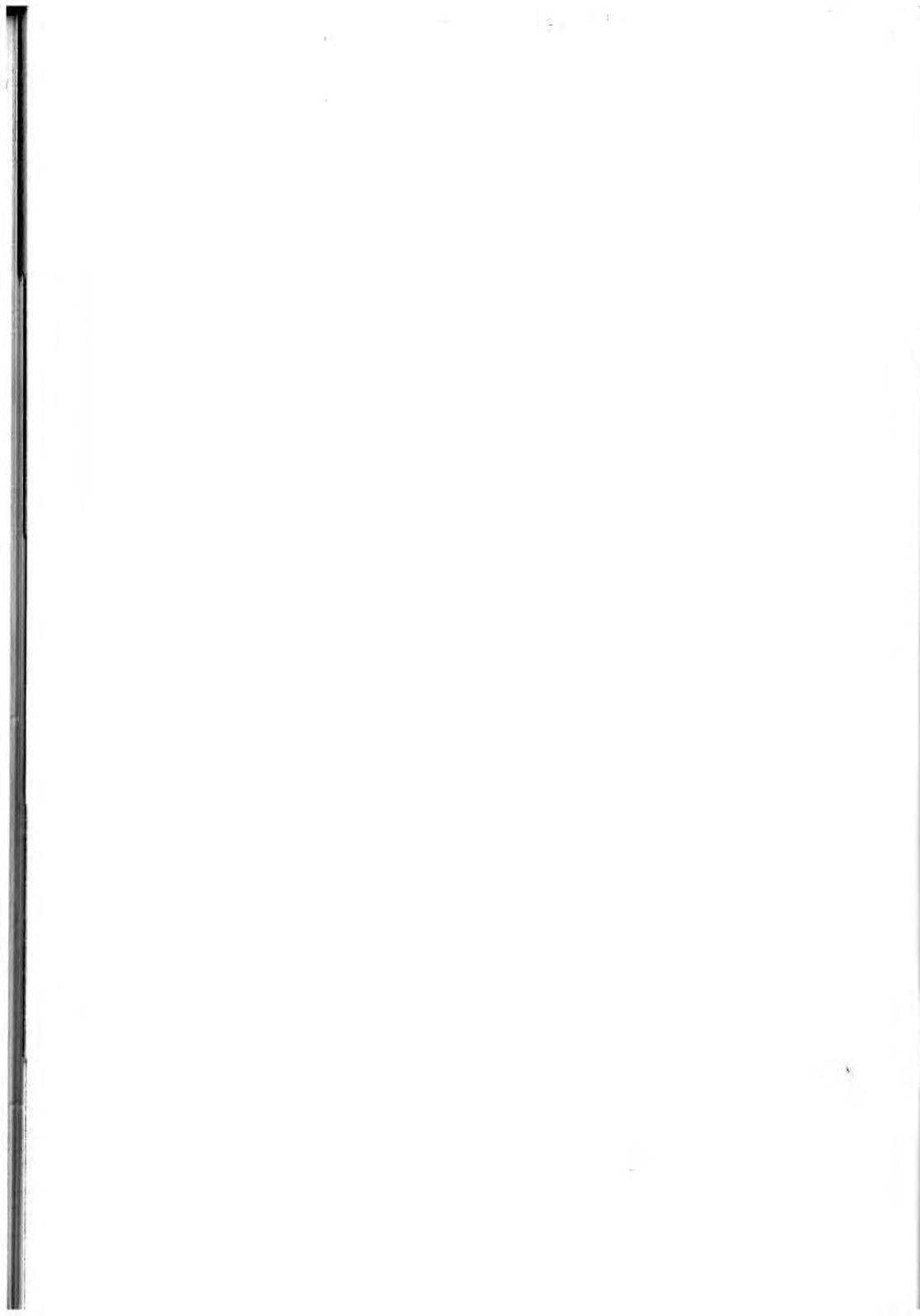
und deren führender Mitarbeiter, erhielt das Ehepaar im Laufe der Jahre insgesamt über DM 38.000,— Agentenlohn. Die Ermittlungen in diesem Fall sind weitgehend abgeschlossen.

Gegen einen Angehörigen einer Kfz-Zulassungsstelle in Süddeutschland wurde im Herbst 1991 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der ge-

heimdienstlichen Agententätigkeit eingeleitet. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden nachrichtendienstliche Hilfsmittel wie Radio für A3-Funkverkehr und Container sichergestellt. In seiner Vernehmung räumte er u.a. ein, seit ca. 1964 – nach entsprechender Verpflichtungserklärung – für das MfS gearbeitet zu haben, indem er in dessen Auftrag Kfz-Halterfeststellungen im Bereich Frankfurt/Main und später im gesamten Bundesgebiet durchführte und die Personalien dem MfS (Bezirksverwaltung Halle) in zum Teil schon vorgefertigten Briefen mittels Geheimschreibverfahren an Deckadressen in Halle mitteilte.

Wegen der verschiedenen Spionageaktivitäten gegen das Niedersächsische Innenministerium, über die im Verfassungsschutzbericht 1990 berichtet wurde, sind auch 1991 die Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts weitergeführt worden. In dem als Spionagefall "MAURER" in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Sachverhalt hat der Generalbundesanwalt das ursprünglich gegen einen Bediensteten der Verfassungsschutzabteilung gerichtete Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt.

In dem gegen einen zweiten Bediensteten der Verfassungsschutzabteilung laufenden Verfahren hat der Generalbundesanwalt inzwischen Anklage beim Oberlandesgericht Celle wegen Verdachts des Landesverrats im besonders schweren Fall erhoben. Auch das Verfahren gegen eine Bedienstete der Verschlusssachenregistratur ist zur Anklageerhebung vor dem Oberlandesgericht Celle fortgeschritten. Das Ermittlungsverfahren gegen eine Mitarbeiterin des Bereiches Berichtswesen im niedersächsischen Verfassungsschutz dauert an.



Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Die dem künftigen Landesamt für Verfassungsschutz vorgegebene Gesamtzahl von 248 Bediensteten war bereits Ende 1991 annähernd erreicht. Gegenwärtig besteht noch ein Überhang von 5 Stellen. In dieser Gesamtzahl sind die Bediensteten für die nicht verfassungsschutzspezifischen Aufgaben enthalten, die bei jeder Behörde erforderlich sind, also Schreibkräfte, Verwaltungskräfte, Hausmeister usw.. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der mit den eigentlichen Verfassungsschutzaufgaben befaßten Bediensteten erheblich unter 200.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1991 29.977.600,— DM. Davon entfallen 7.404.400,— DM auf Sachausgaben und 22.573.200,— DM auf Personalausgaben.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

“Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten” (BVerfSchG § 1 Abs. 2). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre NADIS als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet. Jede Verfassungsschutzbehörde kann Daten eingeben und abrufen.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen nur noch einige zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben. Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde diese Information eingegeben hat und für ihre Speicherung verantwortlich ist.

Inhaltliche Angaben über die in den betreffenden Akten enthaltenen Erkenntnisse sind im NADIS nicht enthal-

ten. Diese müssen auf dem normalen Verwaltungswege - grundsätzlich schriftlich - bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt werden.

Allein aus dem Vorhandensein eines Aktenzeichens im NADIS kann daher nicht geschlossen werden, daß die betreffende Organisation oder Person "observiert" wird oder "belastet" ist, wie mitunter fälschlich behauptet wird. In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden nämlich sehr viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer "Observation" oder "Belastung" zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die ganz überwiegend mit dem Ergebnis "kein Sicherheitsrisiko" enden, sind im NADIS gespeichert, schon um den überprüften Personen bei Umzug, Stellenwechsel usw. überflüssige neue Überprüfungen zu ersparen.

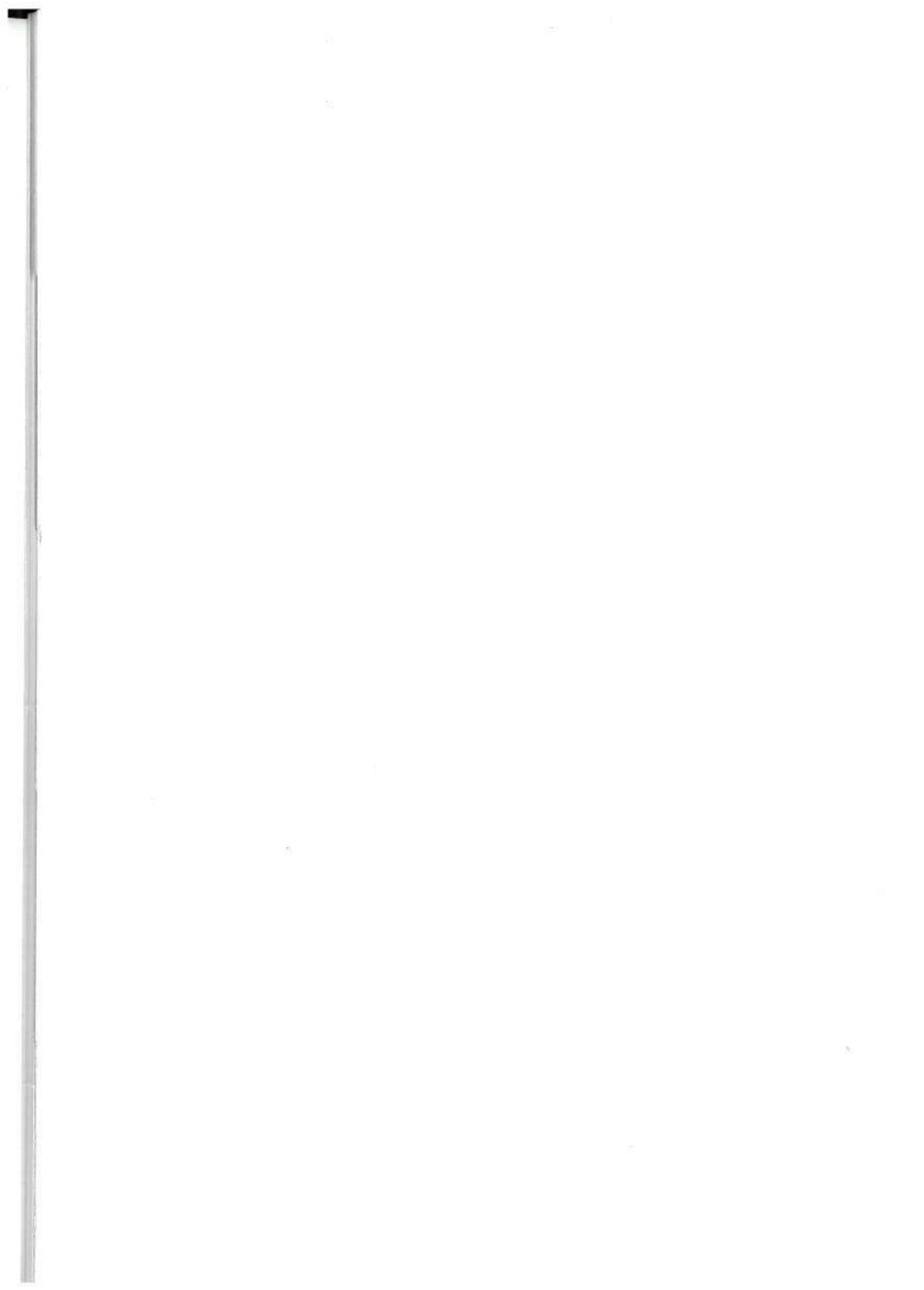
Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Mißbräuchen des

NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden, vor allem aus Gründen datenschutzrechtlicher Kontrolle, automatisch protokolliert.

Die Speicherungen werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre noch bestehende Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren wird durch die Innenminister und durch die Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern kontrolliert. Die neuen Verfassungsschutzgesetze (so auch der in der parlamentarischen Beratung befindliche niedersächsische Gesetzentwurf) bestätigen überdies eine seit einigen Jahren praktizierte Abkehr von der früheren primär personenbezogenen Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich: es sollen grundsätzlich nur noch Organisationsdaten und nur noch die unverzichtbaren Personendaten, z.B. von führenden Funktionären, erfaßt werden. Alle diese Maßnahmen haben zu einer seit Jahren abnehmenden Tendenz des Datenbestandes geführt.

Die Anzahl der im NADIS gespeicherten niedersächsischen Aktenzeichen

beträgt z.Z. (30.6.1992) ca. 40.400 (1989 noch 100.000, 1990 noch 60.000, Ende 1991 noch 51.300), davon 24.300 Aktenzeichen von Sicherheitsüberprüfungen. Die restlichen 16.100 Aktenzeichen gehören zu den Bereichen undogmatischer Linksextremismus, dogmatischer Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus und Spionageabwehr.



Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1991 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()

Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1991 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()



Absender:



Niedersächsischer
Verfassungsschutz
Postfach 44 20

3000 Hannover 1

Absender:



Niedersächsischer
Verfassungsschutz
Postfach 44 20

3000 Hannover 1